DM -.50

8

1933? Gefahr von rechts!
rechts! Neues 1933? Gef

Aus dem Inhalt: Formierte Gesellschaft und Neofaschismus · Das deutsche Bürgertum und die Demokratie · Faschismus - Herrschaftsform des Kapitalismus Brauchen wir eine neue Partei? · Dokumente · Student und Politik

facit

INHALTSVERZEICHNIS

Formierte Gesellschaft und Neofaschismus S. 1
Faschismus-Herrschaftsform des Kapitalismus S. 4
Stefan Zürcher, Wer macht es S. 7
Gefahr von rechts S. 9
Das deutsche Bürgertum und die Demokratie S. 13
Die Täuschung des falschen Horizonts... S. 15
Brauchen wir eine neue Partei? S. 2o

DOKUMENTE
1. "...der Wiedergeburt des deutschen Nazismus für immer vorbeugen" (Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen) S. 25
2. Rechtsradikalismus in Deutschland(Beschluß der 21.Delegiertenkonferenz d.SDS S. 26
3. Warum Widerstand gegen die NPD? (Flugblatt des SDS-Köln, Nov.1966 S. 27

STUDENT UND POLITIK
Vietnam-Woche des SDS in Köln S. 28
Polizeiaktion gegen den Berliner SDS S. 29
Podiumsdiskussion "Gefahr von rechts" in der Universität zu Köln S. 3o
fora politica an der Universität zu Köln S. 3o
Faschistisches Bewußtsein für zeitgemäßes Korporationswesen S. 31

Wir bitten zu entschuldigen,daß die in diesem Heft nachgedruckten Dokumente und die Beiträge zu "Student und Politik" nicht mit den oben aufgeführten Titeln bezeichnet,bzw.deutlich voneinander abgegrenzt sind.

Die Red.

Aussprüche des Anstreichers

Als der Anstreicher den Ausspruch tat „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", schien Vielen ein neues Zeitalter angebrochen. Man könnte auch sagen: gerade den Vielen schien ein neues Zeitalter angebrochen, denn der Satz wurde von ihnen so ausgelegt, als ob das Gemeinwohl das Wohl der Vielen sei und nunmehr vor dem Wohl der Wenigen gehen solle. So gewann der Satz ein prächtiges Aussehen. Man erwartete allgemein, daß es dem Anstreicher nicht ganz leicht fallen würde, ihm Geltung zu verschaffen. Es fiel ihm aber, wie sich bald zeigte, nicht so schwer. Er forderte nämlich nicht von den wenigen Wohlhabenden allein oder besonders, sie sollten den Nutzen der Vielen über ihren eigenen setzen, sondern er forderte es gerade von den Vielen, sie alle sollten, jeder einzelne von ihnen sollte den Gemeinnutz vor seinen Eigennutz setzen. Der Arbeiter sollte auf ausreichenden Lohn verzichten und Straßen für die Allgemeinheit bauen. Der kleine Bauer sollte auf ausgiebige Viehpreise verzichten und der Allgemeinheit billiges Vieh liefern usw. So sah also der Satz schon weniger prächtig aus. Es stellte sich heraus, daß die Nation in einem Zustand war, in dem ein wirklicher Nutzen von jemandem nur dadurch gewonnen werden konnte, daß er andere schädigte, und der Nutzen war desto größer, je mehr er andere schädigte. Je größer die Fabriken waren, desto mehr wurde durch sie verdient. All das blieb, an all dem änderte der prächtige Satz nichts. Nötig für die Vielen wäre nämlich nicht dieser prächtige Satz gewesen, sondern eine solche Umänderung aller Besitzverhältnisse, daß es dem Einzelnen unmöglich gewesen wäre, aus den Vielen einen Nutzen zu ziehen. Das wäre geschehen, wenn der Anstreicher alle die Geschäfte und Fabriken und Mietshäuser und Äcker, aus denen Nutzen gezogen werden kann, den Einzelnen weggenommen und den Vielen übergeben hätte. In einer Nation, die solches macht, befindet sich der Nutzen des Einzelnen nicht mehr im Gegensatz zu dem Nutzen Vieler. Je größer dann der Nutzen des Einzelnen wird, desto größer ist der Gemeinnutz. Aber in der Nation des Anstreichers ist und bleibt das umgekehrt, trotz aller Ermahnungen und prächtigen Sätze.

Bertolt Brecht
Prosa V, S. 31/32, Suhrkamp-Verlag

f a c i t
Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln
Anschrift der Redaktion: 5 Köln-Sülz, Palanterstraße 5 b
Verantwortlich: Anne Nigbur
Anzeigenverwaltung: Karl-H. Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Scheinerstraße 58
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.
Druck: Werkstätte für Gebrauchsgrafik E. Hanisch, Köln
„facit" erscheint fünfmal im Jahr. Jahresabonnement DM 2,— und Zustellgebühr.

Formierte Gesellschaft und Neofaschismus

1. Politische und ökonomische Aspekte der Formierungspolitik

Wer die „Formierte Gesellschaft" als eine persönliche Schrulle Erhards betrachtet, übersieht, daß mit dem Begriff der Formierung ein Stichwort gegeben ist, das die neuen Entwicklungstendenzen in den kapitalistischen Ländern treffend umreißt. Der Begriff „Formierung" ist dem heutigen Kapitalismus um so mehr „auf den Leib geschrieben", als er von seinen Ideologen selber erdacht wurde.
Wer meint, die Formierung spiele nach Erhard keine Rolle mehr, weil in der Regierungserklärung Kiesingers — im Gegensatz zu der Erhards — von Formierter Gesellschaft keine Rede ist, irrt gründlich. Es ist vielmehr so, daß die Formierung in Kiesingers Programm schon um einige Schritte weiter vorangetrieben ist als bei Erhard. Statt „Formierter Gesellschaft" heißt es bei Kiesinger viel k o n k r e t e r: „mittelfristige Finanzplanung", d. h. eine Planung über einen Zeitraum von 4—5 Jahren, die auf einem „kooperativen Föderalismus" (= Stärkung der Bundesgewalt auf Kosten der Länder) beruht; eine „neue Politik der Globalsteuerung" mit Hilfe der Stabilisierungsgesetze, d. h. verstärkte zentrale ökonomische Planung; „konzertierte Aktion" der Tarifpartner, die auf einer „freiwilligen und gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten" beruht, d. h. Einschränkung der Tarifautonomie der Gewerkschaften; auf politischem Gebiet: ein neues Wahlrecht, das „klare Mehrheiten" ermöglicht, d. h. endgültige Absicherung des Blocks der herrschenden Parteien.
Was Kiesinger, aus welchen Gründen auch immer, in seiner Regierungserklärung ausließ, lieferte Innenminister Lücke nach, indem er die „Verabschiedung einer praktikablen Notstandsverfassung" und die „Durchführung einer wirksamen Zivilverteidigung" forderte [1]). Alle genannten Schritte weisen auf die Formierte Gesellschaft hin, sind, genauer gesagt, Etappen im fortschreitenden Formierungsprozeß.
Die treibende Kraft bei der Formierung ist die Notwendigkeit zu verstärkter Planung und staatlicher Intervention in der monopolkapitalistischen Wirtschaft. Nachdem der Marktmechanismus endgültig seine regulierende Wirkung verloren hat, muß staatliche Planung an seine Stelle treten, um die auftretenden Widersprüche zu bewältigen. Um in diesem Sinn planen zu können, ist eine noch engere Zusammenarbeit von Staat und Monopolkapital als bisher erforderlich.
Auf diesem Hintergrund gesehen ist die Formierung nichts grundlegend Neues, sondern ein Prozeß, der schon seit Jahrzehnten im Kapitalismus zu beobachten ist. Die heutige Formierung hätte, wie die Formierungs-Ideologen selber zugeben, „ohne die nationalsozialistische Periode kaum so schnell die Ergebnisse gebracht, die wir heute vorfinden" [2]). Unterbrochen wurde der Formierungsprozeß nach Meinung der Formierer dadurch, daß die Alliierten nach 1945 die Demokratie „restaurierten" (Goetz Briefs). Es ist offensichtlich, daß die Ansätze zu einer demokratischen und sozialen Neuordnung nach der Befreiung Deutschlands von den Formierungs-Ideologen als äußerst störend empfunden wurden.
In der Aufbau-Phase des Nachkriegskapitalismus kamen im westlichen Teil Deutschlands nicht die Befürworter gesellschaftlicher Veränderung, sondern die kapitalistischen — sie nannten sich oft „neoliberale" — Wirtschaftskonzepte wieder zum Zug. Der „Neoliberalismus" verdankt seine späte Blüte der nach dem Krieg entstandenen Ausnahmesituation. Nun ist die Nachkriegszeit, wie Erhard in seiner Regierungserklärung Ende 1965 feststellte, zu Ende. Am Ende ist damit auch die Rekonstruktionsphase mit ihren großen Wachstumsraten und Profiten, mit ihrer hohen Nachfrage im Inland. Paul Sethe beschreibt das Ende des „Wirtschaftswunders" mit „ergreifenden" Worten: „Immer weniger finden sich die Egoismen von Individuen und Wirtschaftsgruppen nach heftigem Streite in höherer Harmonie zusammen; immer mehr entgleiten Staat, Länder und Gemeinden den Forderungen des Liberalismus ... So beginnt auch die Abkehr dieses berühmtesten aller Neo-Liberalen von den Vorstellungen seiner Jugend und seiner besten Mannesjahre. Geht damit eine Epoche zu Ende? Hat Ludwig Erhard die eiserne Hand, den Forderungen Genüge zu tun, die er selbst an andere stellt? Das alles ist noch ungewiß. Aber gewiß sieht man nicht ohne Bewegung, wie hier ein Mann den ungebrochenen Glauben an Ideen verliert, die

ihn zu bedeutenden Taten geführt haben" [3]). Es ist also kein Zufall, daß gerade in den letzten Jahren, seit das Nachkriegs-„Wirtschaftswunder" nachließ, die Formierungskonzeption ausgebaut wurde, wobei natürlich noch viele spezielle Probleme der BRD hineinspielen, auf die wir hier nicht eingehen können.

2. Die Ideologie der Formierten Gesellschaft

Die Formierer erstreben eine „friedliche" Anpassung des gesellschaftlichen Bewußtseins an die neuen Notwendigkeiten der monopolkapitalistischen Ökonomie. Das wird durch einen Blick auf ihre Ideologie bestätigt.

Die Formierer kämpfen gegen Liberalismus, Pluralismus und Demokratie. Es geht ihnen um die „Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Art" [4]), um die Überwindung des „falschen liberalistisch-individualistischen Ansatzes" [5]). Die Forderung nach Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird als „Demokratismus" und „Entartung der Demokratie" [6]) diffamiert. Während Liberalismus und Pluralismus offen bekämpft werden, bemüht man sich, den Begriff der Demokratie, da man ihn nicht offen bekämpfen kann, umzufunktionieren. Eine solche Umfunktionierung findet sich z. B. in der Wendung vom „demokratischen Prozeß" E. Voegelins, der letztlich nichts weiter bezeichnet als das bestmögliche Funktionieren des kapitalistischen Systems. Liberalismus und Demokratie, die der aufsteigenden Bourgeoisie im vorigen Jahrhundert unentbehrlich waren, die nach 1945 für einige Zeit in Deutschland „restauriert" wurden, erweisen sich jetzt als hinderlich und werden im Zug der Bewußtseinsanpassung über Bord geworfen. Die Formierungsideologie spricht von „kooperativer Demokratie", „gemeinwohlorientierten ‚befestigten' Gruppen", „konzentrierter Aktion" und wie die so vernünftig klingenden Ausdrücke lauten. Ziel der Bewußtseinsformierung ist ein „gesamtgesellschaftliches Bewußtsein".

Stand der Anti-Liberalismus der Nazis in einem irrationalen System der Blut- und Boden-Ideologie, so bedient sich die moderne anti-demokratische Formierungsideologie einer schein-rationalen Ausdrucksweise, die auf den ersten Blick sehr positiv und vernünftig klingt. Daneben gibt es allerdings auch religiös-irrationale Denkansätze in der Formierungsideologie. Daher stammt z. B. die „Gemeinwohl"-Phrase.

3. Formierung und Faschismus

In den Augen der Formierungs-Ideologen ist der Irrationalismus nazistischer Prägung diskreditiert, so wie auch das System des offenen KZ-Terrors oder der Antisemitismus. Die Formierer wollen nur an die „positiven" Seiten des im Dritten Reich schnell vorangetriebenen Formierungsprozesses anknüpfen, wie sie verschiedentlich diskret durchklingen lassen.

Formierungspolitik ist nicht gleichbedeutend mit Faschismus, wenngleich auch der Nazi-Faschismus auf der Grundlage eines formierten Monopolkapitalismus entstand. Keinesfalls bringt eine ökonomische Basis mit Notwendigkeit eine vorhersagbare politische Form mit sich. Das Verhältnis von Unter- und Überbau ist nicht kausal, sondern dialektisch, wobei die langfristigen Tendenzen allerdings durch die materielle Basis vorgegeben sind. War der Hitler-Faschismus eine terroristische Formierung und Harmonisierung der Gesellschaft, so erstrebt das moderne Formierungs-Konzept eine — so weit wie möglich — nicht-terroristische Überwindung der Widersprüche.

Doch was, wenn die „friedlichen" Mittel der Formierung und Bewußtseinsmanipulation versagen, wenn trotz „sozialer Partnerschaft", trotz einer am „Gemeinwohl" orientierten Großen Koalition, trotz BILD-Zeitung, Antikommunismus und einem „gesunden Nationalgefühl" die Zustimmung der Masse der Bevölkerung nicht mehr ohne weiteres sicher ist, weil sich ihre soziale Lage verschlechtert?

Für diesen Fall sorgen die Notstandsgesetze vor. Schon im Formierungskonzept selber taucht die Frage nach den Grenzen der „friedlichen" Formierung auf, etwa wenn es heißt, die Begrenzung und Kontrolle der Macht der Gruppen (welcher wohl?) der Gesellschaft solle „nach Möglichkeit aufgrund der eigenen Einsicht dieser Gruppen" vonstatten gehen [7]). Diese Frage erhebt sich auch dort, wo E. Voegelin bemerkt, wenn die Gesellschaft nicht mehr als „Gesamtbetrieb ohne Unternehmer" funktioniere, bleibe als Alternative nur die „Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb — und das heißt der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes" [8]). Die Notstandsgesetze können eine solche Drohung leicht wahrmachen. Sie ermöglichen eine Militarisierung und totale Durchorganisation der ganzen Bevölkerung und eine terroristische Ausschaltung der oppositionellen Kräfte. Die Notstandsgesetze sind sozusagen die Drohung mit dem Faschismus. Sie sollen dann zur Anwendung kommen, wenn die Formierung nicht so „freiwillig" vor sich geht, wie es nötig erscheint. Auf diese Weise verleihen die Notstandsgesetze der Formierung den nötigen Nachdruck.

An den Notstandsgesetzen zeigt sich, daß die Formierte Gesellschaft, so sehr sie sich vom „alten" nazistischen Faschismus unterscheidet, durchaus Züge eines „modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus" [9]) aufweist.

Es lassen sich überhaupt eine Reihe von Querverbindungen der Formierten Gesellschaft zum „alten" Faschismus feststellen. Man denke z. B. an die teilweise Kontinuität im militärischen und bürokratischen Apparat, einer Kontinuität, die durch Bundeskanzler Kiesinger und Bundespräsident Lübke jetzt endgültig hoffähig wurde.

Diese Kontinuität wurde auch deutlich bei der Tagung der wehrpolitischen Arbeitsgruppe der CSU im November 1966, wo gefordert wurde, die Reservistenverbände müßten zu „Sammelbecken des wehrwilligen Volkes" ausgebaut werden und der SS-Hilfsorganisation HIAG müsse die „volle Anerkennung in der Öffentlichkeit" zuerkannt werden [10]).

Solche Äußerungen waren vor den Landtagswahlen des Jahres 1966 nicht selten, weil man der NPD mit nationalistischen Parolen die Stimmen wegfangen wollte. Für die Formierer ist die NPD der willkommene Anlaß, das Vorfeld weit nach rechts zu verschieben, so wie das KPD-Verbot die Funktion hat, das linke Vorfeld abzuschneiden. Die NPD ist das Alibi für den allgemeinen Rechtsruck, für die Schaffung der nationalistischen Atmosphäre, die den Formierungsprozeß beschleunigt.

Die Rolle der NPD im Formierungsprozeß läßt sich in vier Thesen darstellen, in denen wir auch das über die Formierte Gesellschaft Gesagte zusammenfassen wollen:

1. Die Formierte Gesellschaft ist eine den neuen Bedingungen des Monopolkapitalismus entsprechende autoritäre Gesellschaftsordnung mit anti-sozialer und anti-demokratischer Stoßrichtung. Die Formierung ist als ein „freiwilliger" Prozeß vorgesehen, kann jedoch bei Widerstand sofort in brutale Unterdrückung umschlagen. Die Formen dieser Unterdrückung werden heute bereits theoretisch ausgearbeitet (Notstandsgesetze). Die Formierung wird von den mächtigsten Gruppen in der BRD betrieben — heute unter Einschluß der SPD-Führung — und stellt mit den ihr innewohnenden faschistischen Tendenzen die Hauptgefahr für die Demokratie der BRD dar. Die Formierung kann zu einem „modernen" Faschismus führen, der sich in vielem von dem „alten", in Verruf gekommenen Nazi-Faschismus unterscheidet. Dieser moderne Faschismus ist der wahre Neofaschismus.

2. Die NPD ist weniger eine neofaschistische Partei als eine mit manchen Zugaben versehene Neuauflage des „alten" Nazi-Faschismus. Sie vertritt einen kaum verhüllten Nationalismus und Rassismus „alten" Stils. Sie ist darum keine neofaschistische Partei, sondern eher eine „traditionell" faschistische.

3. Die NPD stellt nicht die Hauptgefahr für die westdeutsche Demokratie dar. Als solche erscheint sie nur einigen aufgeschreckten Liberalen. In ihrer „traditionell"-faschistischen Form stößt sie den größten Teil der Bourgeoisie heute ab. Der „alte" Faschismus erweist sich in vielem (z. B. Antisemitismus) als antiquiert.

4. Die Gefahr der NPD liegt nicht in einer Machtübernahme nach dem Vorbild Hitlers im Jahr 1933, sondern darin, daß sie durch ihr bloßes Bestehen den Rechtsruck in der BRD absichert und einem „modernen" Nationalismus (wie ihn z. B. Strauß fordert) in die Hände arbeitet. Insofern ist die NPD ein wichtiges Symptom unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Faktor im Formierungsprozeß.

Hans Günther

Anmerkungen:

[1]) Süddeutsche Zeitung, 28. 12. 1966

[2]) Gesellschaftspolitische Kommentare, 12 (1965) Nr. 10.
(Bericht über ein Referat von R. Altmann).

[3]) Die Zeit, 17. 6. 1966.

[4]) Gesellschaftspolitische Kommentare, 12 (1965) Nr. 13—14.
(. These zur Formierten Gesellschaft).

[5]) Die Zukunft der Demokratie. Erhards Formierte Gesellschaft oder sozialistischer Demokratismus. (Hrgb. H. Ehlert — Dr. H. Reichel. Polit. Arbeitsgemeinschaft, Bereich Nordrhein-Westfalen), S. 5.

[6]) Ebenda S. 23—24.

[7]) GK 12 (1965) Nr. 13—14. (6. These zur Formierten Ges.)

[8]) GK 12 (1965) Nr. 11. (Die 3. Phase der Industriegesellschaft.)

[9]) R. Opitz: Elf Feststellungen zur Form. Gesellsch. Sonderdruck aus „Blätter f. deutsche u. intern. Pol.", Heft 3/1966, S. 9.

[10]) Süddeutsche Zeitung, 14. 11. 1966.

Faschismus

Herrschaftsform des Kapitalismus

I.

Die Wiederherstellung der alten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, Wiederbewaffnung, Integration in die NATO und den westlichen antikommunistischen Block haben die Grundlegung einer fortschrittlichen Entwicklung im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich innerhalb der BRD verhindert.

Mit der frühen Feststellung, daß der Kapitalismus „dem deutschen Volke nicht gerecht" geworden sei, hatten sowohl die SPD als auch die CDU indirekt erkannt, wo die Ursachen der faschistischen Diktatur Hitlers und des nationalsozialistischen Terrorsystems zu suchen waren. „Wirtschaftswunder" und Hochkonjunktur, die antikommunistische und antisowjetische Kampagne des Kalten Krieges, die oberflächliche „Bewältigung der Vergangenheit", das opportunistische Bemühen der SPD als „staatserhaltende Kraft" anerkannt zu werden, haben diese Erkenntnis bald verschüttet.

Im Rahmen der Entnazifizierung hielten sich Diskussion und Methodik im personellen Bereich auf, ohne die einsehbaren Grundlagen des Faschismus, welcher eben nicht personengebunden ist, zu berücksichtigen.

Der Mangel einer allgemein zugänglichen Faschismustheorie, die sowohl die ökonomischen Grundlagen als auch die massen- und individualpsychologischen Phänomene in eine umfassende Analyse einbeziehen müßte, hat dann auch dazu geführt, daß mit dem Aufleben faschistischer Kräfte in der NPD die Diskussion um diese Partei sich wiederum auf ein Diskussion einzelner Phänomene und den Personalbestand der Partei konzentrierte, wobei man vergißt, daß der Faschismus durchaus ohne Antisemitismus und Hakenkreuz auskommen kann.

Faschismus ist ein politisch-gesellschaftliches System, das der Kapitalismus in Krisenzeiten entwickelt, um mit dem Instrument eines starken interessengebundenen Staates den nationalen und internationalen Klassenkampf für sich zu entscheiden und sich als System an der Macht zu halten.

Solche Krisen selbst können durch verschiedene Faktoren und Ereignisse ausgelöst werden.

a) Die wirtschaftliche Krise ist eine dem kapitalistischen System immanente Krise, d. h. sie entspringt aus den diesem Wirtschaftssystem eigenen Widersprüchen.
b) Die Krise wird hervorgerufen durch den im Ansatz erfolgreichen politischen Kampf der Arbeiter und Gewerkschaften um bessere Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft.
c) Die Krise wird verursacht durch die internationale Einschränkung und partielle Überwindung des Kapitalismus durch die sozialistische Oktoberrevolution und den antikolonialen Befreiungskampf.

Diese Ursachen für den Übergang der bürgerlichen Formaldemokratie zum verdeckt oder offen faschistischen System treten meistens in einem Zusammenhang auf und werden angezeigt durch konkrete politische Ereignisse.

a) Die wirtschaftliche Krise kann von anfänglich einzelnen wirtschaftlichen Regressionen in bestimmten Bereichen der Wirtschaft, wie zum Beispiel im Bergbau, bis zu einer Weltwirtschaftskrise reichen. Gefährlich für den Monopolkapitalismus, d. h. systemgefährdend, werden erst Krisen in der Schwerindustrie, der traditionellen Rüstungsindustrie also, weil in ihr als dem sichersten Garanten für die Herrschaft des kapitalistischen Systems die Grundlagen erschüttert werden. Als Mittel zur Überwindung der Krise werden dann Steuererhöhungen, verstärkte Investitionen im Rüstungssektor, Lohnstopp, Abbau der Sozialausgaben etc. herangezogen. Gleichzeitig sollen Steuervergünstigungen für die herrschenden wirtschaftlichen Kreise ein Höchstmaß an Investitionen ermöglichen. Hinzu tritt heute in der BRD die Restriktion in der Kreditpolitik der Bundesbank, so wie die Subventionierung der großen Konzerne durch den Staat.

   Mittlere- und Kleinunternehmen werden durch solche finanzpolitischen Maßnahmen eher noch liquidiert als durch den internen Konkurrenzkampf dieser Unternehmen untereinander. Eine weitere Stärkung der Monopole ist die Folge.

   In den Stabilisierungsgesetzen sollen diese Maßnahmen systematisiert und „legalisiert" werden.

b) Zu diesen wirtschaftlichen treten politische Unterdrückungsmaßnahmen, die insbesondere die Arbeiter und die Gewerkschaften treffen, einmal, um deren soziale und wirtschaftliche Forderungen zu verhindern, zum anderen, um eine mögliche Verschärfung des Klassenkampfes im Keim zu ersticken. So zeichnen sich die Notstandsgesetze durch ihren antigewerkschaftlichen Kern aus. Die politischen Repressionen richten sich sowohl gegen den Kampf einzelner wie ganzer Organisationen. In Zeiten eines verhältnismäßig angepaßten Wohlstandes der Arbeiter bei Vollbeschäftigung konnten die Manipulation durch die Presse und andere Mittel der Massenlenkung die Aufgaben erfüllen, die man heute glaubt nur durch brutalere Methoden wahrnehmen zu können. Spürbare Krisen, Massenentlassungen, soziale und politische Unsicherheit, finanzielle Einbußen der breiten Öffentlichkeit spotten der hergebrachten Verschleierungstechniken.
c) Außenpolitisch verschärft sich die aggressive Haltung der führenden Allianz von politischer, militärischer und wirtschaftlicher Machtelite. In der BRD zeigt sich dies in dem Streben nach eigener Verfügungsgewalt bzw. Mitbestimmung über Herstellung und Einsatz von Atomwaffen, der offenen Unterstützung der faschistischen Regime Portugals, Spaniens, Südafrikas etc., sowohl in deren Innen- wie auch Außenpolitik, ferner der Förderung des verbrecherischen Krieges der Amerikaner in Vietnam.

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

H E L M I N

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

edition suhrkamp

Die Edition der Erstausgaben für 3 Mark

Neue Bände

Barrington Moore
Zur Geschichte
der politischen Gewalt

Drei Studien
Band 187. Erstausgabe. Inhalt: Über Fortschritt, Revolution und Freiheit. Totalitäre Elemente in vorindustriellen Gesellschaften. Strategie in der Sozialwissenschaft. Bibliographische Notiz.

Ernst Bloch
Christian Thomasius,
ein deutscher Gelehrter
ohne Misere

Band 193. Blochs Studie zeigt den großen hallenser Gelehrten als einen seiner Umgebung unbequemen, ärgerlichen Neuerer, der aus dem Naturrecht die Konsequenz realer Humanität zog, indem er richtungweisend Politik an Ethik band.

Institutionen in
primitiven Gesellschaften

Acht Vorträge
Band 195. Erstausgabe. Inhalt: Orientierungen im Wirtschaftsleben · Religion · Ästhetik · Recht · Familie und Sippe · Politische Institutionen · Bewußtsein · Denkformen.

Hans Magnus Enzensberger
Deutschland, Deutschland
unter anderem
Äußerungen zur Politik

Band 203. Erstausgabe. Aus dem Inhalt: Über die Schwierigkeit, ein Inländer zu sein · Rede zum Büchner-Preis · Brief an den Bundesminister für Verteidigung · Zur Theorie des Verrats · Europäische Peripherie.

Suhrkamp Verlag Frankfurt

6 Frankfurt am Main, Postfach 2446

II.

Faschismus ist der Übergang von der formal-bürgerlichen Demokratie zur autoritären Regierungsgewalt: die Ursachen dieses Übergangs liegen in wirtschaftlichen Krisen, der Intensivierung des Klassenkampfs und der Internationalen Einschränkung des Kapitalismus. Die neofaschistischen Tendenzen in der BRD lassen sich nur durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung seit dem Zusammenbruch erklären.

Die antifaschistische Haltung der USA während des II. Weltkrieges hatte bei breiten Schichten der Bevölkerung, auch in der Arbeiterbewegung, den Anschein und die Hoffnung erweckt, diese Haltung richte sich auch gegen diejenigen Kräfte in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Justiz, die Hitler offen unterstützt hatten. Man hoffte mit Hilfe der USA die Grundlagen für eine wirkliche soziale Demokratie legen zu können. Im Zeichen der antisowjetischen Politik, eines weltweiten „roll-back", zumal nach dem Korea-Krieg, wurden jedoch die alten gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD restauriert, um einen antikommunistischen Block zu schaffen und den Sozialismus als geschichtlichen Fortschritt zu verhindern. Eine Abwehr durch die SPD war nicht zu erwarten: die besten Kräfte der Arbeiterbewegung waren desorganisiert, bzw. unter Hitler liquidiert worden. Zur Wiederherstellung seiner alten wirtschaftlichen und politischen Macht benötigte der deutsche Kapitalismus die Unterstützung des amerikanischen Finanzkapitalismus, die u. a. im Marshall-Plan gewährt wurde.

Folge des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs war die Sättigung des Nachkriegsbedarfs an Gütern, die Ableitung wirtschaftlicher Überkapazitäten in die Rüstung, verschärfter Kampf zwischen amerikanischer und europäischer Wirtschaft. Neben die Sättigung der Inlandmärkte trat die Konkurrenz der sozialistischen Länder auf dem Weltmarkt. Mit der Stagnation des wirtschaftlichen Aufschwungs treten die Widersprüche in Form von Krisen wieder deutlicher hervor und werden in größerem Maße von der Bevölkerung einsehbar.

Damit ist jedoch noch nicht einsehbar, daß die massive Einflußnahme der Monopole auf den Staat darauf gerichtet ist, die Krisen abzuwenden oder zumindest hinauszuschieben, was eine Faschisierung des öffentlichen Lebens zwangsläufig mit sich bringen muß.

Der Faschismus ist vor der Machtergreifung nicht ganz der gleiche wie nach der Machtergreifung. Dazwischen erfolgt die Vereinigung einer extremistischen reaktionären Bewegung mit der Repressivmacht eines monopolistischen Staates zur brutalsten Unterdrückung der Organisationen der Arbeiterklasse, ihrer Bewegung und zur direkten Vernichtung ihrer Funktionäre, später zur Abdrosselung aller anderen fortschrittlichen Kräfte, aller auch nur einigermaßen demokratischen Institutionen. Es bildet sich ein neuer, faschistischer Typ des bürgerlichen Staates heraus.

Heute zeugen das antidemokratische Wesen des bürgerlichen Staates, seine Struktur, die besonderen Interessen der gewaltig wuchernden Schicht der bürokratischen Beamtenschaft und vor allem die Erfordernisse der Monopole innerhalb des Staates selbst, sozusagen von innen her, offen profaschistische Tendenzen. Gerade hierin besteht die Gefahr für ein neuerliches Erstehen des Faschismus und dessen rasches Erstarken, wobei die NPD eine Rolle spielen kann, aber nicht unbedingt muß. Für den Erfolg der NPD und das Anwachsen der rechtsradikalen Bewegung in unserem Lande ist nicht allein ein hoher Anteil Wählerstimmen entscheidend. Die NPD wird in dem Maße gefährlich und an der Faschisierung des Staates beteiligt sein, wie sich die großen Monopole für sie interessieren und sie zur Verwirklichung ihrer eigenen politischen wie wirtschaftlichen Ziele einspannen wollen. Das allerdings wird abhängig sein von der Resonanz und der Anhängerschaft, die die NPD in der Bevölkerung und unter den Wählern finden wird.

M. Lindner

Werbt für
FACIT

Wer macht es

Stefan Zürcher

sie sind keine nazis
aber viel-
leicht von nazis zu gebrauchen
prof. scheuch im wdr
(11-7-66)

1 er fing an mit
pinschern
und machte weiter politik

2 dann
so stand es ein jahr später in der
zeitung
sagte er den gammlern
den kampf an

3 und wenige tage nachher
so stand es in der zeitung
sagte er in einer versammlung
als kumpels schrieen
lügner lügner

4 ich werde dafür sorgen daß
solche leute nie an die macht kommen

5 und schimpfte weiter
diese lümmel und uhus wären
schon in den windeln
verkommen
wenn sie nicht
in dieser zeit aufgewachsen wären

6 in dieser zeit
ist es möglich
daß die npd
stimmen gewinnt

7 pinscher un-
gammler zu-
lümmel frie-
uhus dene

8 idealisten die noch un-
enttäuschte die nicht mehr zu-
und die die nie frie-
an demokratie glauben dene

9 farbenspektrum un-
rot - braun - schwarz zu-
wertskala frie-
reinheit - heimat - treue dene

10 in dieser zeit
ist es möglich
daß die npd
stimmen und sitze gewinnt

11 propaganda für landtagswahl
slogan
er macht es

12 nach der wahl
war er nicht mehr der mann
der es machte

13 um es heute zu machen
in einer demokratie
braucht es eine partei
mit mehr als einem demokratischen
gesicht

14 oder aber es braucht
einen starken mann
und stark sein ist
intelligent gerissen und telegen sein

15 in dieser zeit
wo es möglich ist
daß die npd
stimmen sitze und einfluß gewinnt

16 ist es auch möglich
daß sie den mann findet
der es machen kann

Gefahr von rechts

Seit die NPD in die Landtage von Hessen und Bayern eingezogen ist, spukt dieses Phänomen durch den deutschen Blätterwald und schreckt hier und da einen ahnungslosen Bürger aus seiner gewohnten Ruhe. Wissenschaftler, Journalisten und Politiker werden beauftragt oder fühlen sich berufen, dieser Erscheinung nachzugehen, Erklärungen zu finden, mit denen der besorgte Zeitgenosse sein Gewissen wieder beruhigen kann. Selten sind Darstellungen, die sich um die tatsächlichen historischen wie gesellschaftlichen Zusammenhänge des erstarkenden Rechtsradikalismus in unserem Lande bemühen; denn diese Art der politischen Aufklärung ist nicht sonderlich beliebt, da sie um bestehende Tatsachen keinen Bogen macht und zur Berichtigung allgemein verbreiteter Auffassungen zwingt.

So entspricht es nicht den Tatsachen, wenn man glaubt, daß sich nazistische und rechtsradikale Elemente erst neuerdings organisieren und wieder etwas zu sagen haben wollen. Die Gründung der NPD im November 1964 ist ein Ereignis im politischen Geschehen unseres Landes, das in der Tradition des untergegangenen Dritten Reiches wurzelt. Die nationalsozialistische Idee ist nicht etwa in letzter Zeit neu ausgegraben worden. Im Gegenteil, der alte Geist wurde in den Neubeginn einer demokratischen Ordnung hinübergerettet und im Verborgenen gepflegt. Zur Rechenschaft gezogen wurden auf dem Nürnberger Tribunal nur die Kriegsverbrecher und Massenmörder, denen es nicht mehr gelungen ist, sich in Sicherheit zu bringen. Daß heute die Reihe der Prozesse gegen Kriegsverbrecher, Massenmörder und Mitschuldige an der Auslösung des vergangenen Krieges noch nicht abgerissen ist, sagt nichts aus über die Gründlichkeit, mit der die Verbrechen des Nationalsozialismus geahndet werden. Die große Anzahl dieser Prozesse aus den letzten Jahren ist höchstens ein Beweis dafür, wie viele der „alten Kämpfer für Deutschlands Ruhm und Ehre" sich ihrer Strafe bisher haben entziehen können. Viele von ihnen brauchten sich nicht einmal zu verbergen. Neu geschaffene Gesetze [1]) und das politische Klima in der BRD sorgten für die Rehabilitierung von Funktionsträgern der Hitlerschen Staatsmaschinerie und Sachwaltern nationalsozialistischer Rechtsprechung. Hohe Beamte des Hitler-Staates, also ausführende Organe der Hitlerschen Politik nehmen heute ebenfalls leitende Stellungen in der Ministerialbürokratie ein.

Das ist eine Linie, auf der, wenn auch in der Öffentlichkeit nicht besonders betont, die Tradition des nationalsozialistischen Reiches fortgeführt wird. Dabei wurde nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches von den alliierten Siegermächten ein Abkommen geschlossen, das auch Maßstäbe für die Art der bevorstehenden Demokratisierung des öffentlichen wie politischen Lebens in Deutschland enthält. „Alle Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, ... sind aus den öffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken", heißt es im Potsdamer Abkommen unter III/A/IV-6.

Im krassen Widerspruch zu dieser und anderen [2]) Bestimmungen des Abkommens steht die Tatsache, daß z. B. allein in Nordrhein-Westfalen eine ganze Anzahl Staatsanwälte tätig ist, die bereits an Hitlers Gerichten und Sondergerichten diese Funktion ausübte. Die Karriere dieser Leute hat keinen Schaden genommen, die meisten wurden befördert, einige von ihnen sind sogar in den Bundesgerichtshof aufgerückt [3]). Des weiteren lebt die nazistische Ideologie fort in der Auffassung vom rechtmäßigen Anspruch Deutschlands auf Gebiete, die in den letzten beiden, von Deutschland begonnenen und verlorenen Kriegen, leichtfertig verspielt worden sind [4]). Anstatt die Möglichkeiten einer Perspektive für jeden einzelnen Bürger, ob einheimischen, zugewanderten oder umgesiedelten, zu zeigen, förderten die bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, die Organisierung von Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden. Wenn man auch nicht jedem Teilnehmer an den zahlreichen Treffen der Landsmannschaften nazistische und revanchistische Gesinnung nachsagen kann, ist ihr doch jeder ausgesetzt. Die politischen Führungskräfte der Landsmannschaften propagieren ihre Ziele in unverblümtem Nazijargon: „Wir glauben an die geistige und politische Auferstehung des deutschen Volkes und die Erneuerung seiner politischen Führung!" (So A. K. Simon am 30. 6. 1966 in der „Sudetendeutschen Zeitung", dem offiziellen Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft — SL —). „Der europäische Mensch kann mit jenem rassisch-montenegrinischen Typ gar nicht verglichen werden. Unser europäischer Mensch kann mit jenem Asiaten, seiner pathologischen Machtgier, seiner List, seiner Grausamkeit usw. einfach nicht auskommen. ... Wir haben die stärkste Waffe in den Händen, um unseren Todfeind zu bekämpfen", war in der Zeitung „Der Donauschwabe" (meistverbreitete Wochenzeitung der Donauschwäbischen Landsmannschaften) am 16. 10. 1966 zu lesen [5]).

Die eben zitierten Äußerungen stehen stellvertretend für zahllose ähnliche Verlautbarungen.

Nationalistisch und der Tradition des Dritten Reiches verhaftet sind auch die Ziele der Landsmannschaften. Die Idee von der Liquidierung Österreichs als selbständigen Staat in Europa verwirklichte Hitler als eines seiner ersten außenpolitischen Ziele. Darauf folgte der Einmarsch in Prag und die Schaffung des „Protektorats Böhmen Mähren" an Stelle der souveränen Tschechoslovakischen Republik. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft propagiert heute ähnliches nur in umgekehrter Reihenfolge: „Heute besteht die Möglichkeit, ... einen Ersatz für Österreich zu schaffen. Ein föderativ geeinigtes Europa kann die geschichtliche Aufgabe Österreichs übernehmen. Darauf zielt die Politik der sudetendeutschen Volksgruppe wie die der vorausblickenden Staatsmänner der Gesamtnation. Die Voraussetzung für diese Lösung wäre die Befreiung der Tschechen von der kommunistischen Gewaltherrschaft." So zu lesen in der CSU-Wochenzeitung „Bayern-Kurier" am 25. 6. 1966. Einerseits „Befreiung der Tschechen", andererseits neuerliches Chaos durch Vertreibung der heute in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) ansässigen Bevölkerung, was in der Grundsatzerklärung der SL von 1965 folgendermaßen formuliert wird: „Wir wollen in unsere Heimat zurückkehren und als freie Menschen unser Selbstbestimmungsrecht ausüben, nicht aber dort als geduldete Minderheit unser Leben fristen. Deshalb fordern wir die Rückgabe des deutschen Heimatgebietes in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien an das rechtmäßige sudetendeutsche Heimatvolk." [5])

Wer glaubt, daß Leute mit solcher Diktion und Zielsetzung an der Peripherie des politischen Geschehens in unserem Lande leben, muß zur Kenntnis nehmen, daß führende Funktionäre der Landsmannschaften Minister- und Staatssekretärsämter in den Landesregierungen und in der Ministerialbürokratie des Bundes und der Länder bekleiden, daß es keine zweite Organisation und Vereinigung in der BRD gibt, die so wie der Bund der Vertriebenen mit vier Präsidiumsmitgliedern im Bundestag vertreten ist. Insgesamt haben 25 Funktionäre der verschiedenen Landsmannschaften als Abgeordnete Sitz und Stimme im Bundestag. Außerdem muß man wissen, daß sich bereits fünf Landesregierungen in „Patenschaftsverträgen" verpflichtet haben, „die Landsmannschaften bei ihrer politischen und kulturellen Arbeit materiell und ideell zu unterstützen." Somit fällt es nicht schwer zu verstehen, daß die Landsmannschaften als „Interpreten der Politik der derzeit führenden Kräfte in der BRD angesehen werden müssen", wie es Georg Herde treffend zu formulieren wußte. [6])

Nachdem wir mindestens für zwei außerhalb der Parteien befindliche Bereiche eine kontinuierliche, verschleierte oder direkte Pflege nationalsozialistischer Ideologie und Zielstellung aufgezeigt haben, wenden wir uns nun dem Bereich der Parteien zu. Hier fällt auf, daß schon 1946 eine Partei entstand, die vorwiegend ehemalige Mitglieder der Nazipartei und Vertreter des früheren deutsch-nationalen Lagers unter ihrer Fahne vereinigte. Vertreten waren in erster Linie Beamte des faschistischen Staates, Wehrmachts- und SS-Offiziere. Um die Lizenz für die Parteigründung überhaupt zu erhalten, mußten im Parteiprogramm verbal Zugeständnisse an die Demokratie und eine Absage an den deutschen Faschismus enthalten sein. Es gelang jedoch nicht, die Einheit der verschiedenen rechten und deutschnationalen Strömungen innerhalb der „Deutschen Rechtspartei" (DRP), zu erhalten. So kam es zur Abspaltung der rechtsradikalen Gruppe, die den Kern für die im Oktober 1949 gegründete „Sozialistische Reichspartei" (SRP) bildete [7]). Diese Partei glaubte auf die demokratische Kaschierung in ihrem Programm verzichten und ihren Funktionären wieder offene nazistische Propaganda gestatten zu

können. Anscheinend leitete sie ihre Berechtigung dazu ab aus dem sich im nationalen wie internationalen Raum verschlechternden politischen Klima.
Mit Beginn und Verstärkung des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und die im Entstehen begriffenen volksdemokratischen Staaten Osteuropas lebte der Antikommunismus als ideologische Grundlage imperialistischer Politik besonders in den USA wieder auf. Für die Deutschlandpolitik der USA bedeutete das eine Abkehr von den Potsdamer Beschlüssen des Jahres 1945, Einschränkung aller bereits eingeleiteten Demokratisierungsmaßnahmen, Verzicht auf eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands zugunsten der Restaurierung der alten Gesellschaftsverhältnisse im westlichen Teil des Landes und dessen Eingliederung in westeuropäische imperialistische Paktsysteme.[8]) Obwohl die Bundesregierung den Weisungen der Besatzungsmächte bereitwillig folgte, die Remilitarisierung des Landes schrittweise durchsetzte[9]), bereits das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereitete[10]) und anderes mehr, durfte die Existenz einer neofaschistischen Partei als ein die restaurative Politik der Regierung entlarvender Faktor nicht geduldet werden. Deshalb erfolgte auf den von der Bundesregierung am 4. Mai 1951 gestellten Verbotsantrag das Verbotsurteil, ausgesprochen vom Bundesverfassungsgericht am 23. Okt. 1952. Die Partei wurde für verfassungswidrig erklärt, die Schaffung von Tarn- und Ersatzorganisationen verboten. Die dadurch politisch heimatlos gewordenen „Reichssozialisten" suchten in der seit Januar 1950 bestehenden Deutschen Reichs-Partei (DRP) eine neue politische Heimat. Diese Partei hatte gegenüber der SRP den Vorteil, daß sie sich zur bürgerlich-parlamentarischen Form der Bundesrepublik bekannte und die verschiedenen politischen und ideologischen Elemente der NSDAP den neuen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen suchte. In dieser Partei wurden die Funktionäre der verbotenen SRP aktiv, wodurch die bis dahin ziemlich unbedeutende DRP an Gewicht und Profil gewann. Höhere Funktionäre der SRP wie Dr. Fritz Schulz, Hans Heinrich Schäffer, Hans Härtel u. a. wurden Vorstandsmitglieder der DRP; der Leiter des Bezirkes Mittelrhein der SRP Hans Schikora wurde Landtagsabgeordneter der DRP in Rheinland-Pfalz.[11])
Das Direktorium der neofaschistischen DRP initiiert die Gründung der Nationaldemokratischen Partei (NPD) im November 1964 in Hannover. Dieser Schritt der DRP-Führung wird wohl unter anderem zum Ziel haben, die politische Organisation der rechten Kräfte auf eine breitere Basis zu stellen. Denn bis dato war es trotz vielfacher Bemühungen nicht gelungen, die in verschiedensten Parteien, Organisationen und Vereinen zersplitterten Kräfte politisch zu einigen. Allein im Laufe des Jahres 1965 sind 17 rechtsradikale Organisationen gegründet worden, 23 Organisationen dagegen im gleichen Zeitraum erloschen. Obwohl damit die Anzahl der bestehenden Organisationen von 119 im Jahre 1964 auf 113 im Jahre 1965 zurückgegangen ist, erhöhte sich der Mitgliederbestand dieser rechten Gruppierungen von 22 500 im Jahre 1964 auf 28 600 Personen im Jahre 1965, d. h. um 6100 Mitglieder. Wenn die Delegiertenversammlung der DRP im Dezember 1965 die Auflösung der eigenen Partei beschlossen hat, was nach der vorausgegangenen „fortschreitenden Überführung ihres Parteiapparates in die NPD" einem Aufgehen der gesamten Partei in der NPD gleichkommt, ist der damit verbundene Zweck nicht zu übersehen: Sammlung der rechtsextremen Kräfte, Rehabilitierung und Verfestigung nationalistischen und faschistischen Gedankengutes auf breiterer Basis und mit größerem politischen Aktionsradius.[12])
Darauf, daß die NPD als modifizierte Neuauflage der NSDAP dieser Zielsetzung gerecht zu werden scheint, weisen u. a. folgende Tatsachen hin:
In den ersten acht Monaten des Jahres 1966 hatte die NPD einen Mitgliederzuwachs von ca. 8000 Personen zu verzeichnen, die natürlich nicht alle der Fusion mit der DRP zuzuschreiben sind. Neben einem Teil bisher nichtorganisierter rechter Kräfte gewinnt die NPD aktive Mitglieder aus nicht parteigebundenen rechtsextremen Organisationen. So z. B. aus den Kreisen des „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" (DKEG), dessen Leiter „selbst Mitarbeiter der obersten SA-Führung und Lektor im Zentralverlag der NSDAP war. Er legt noch heute Begriffe wie Rasse, Volk, Nation, Reich ‚Blut und Boden' in unverkennbarer Anlehnung an die Ideologie des Nationalsozialismus aus . . . Auch in Veranstaltungen der einzelnen Pflegstätten tritt dieses Gedankengut immer wieder hervor . . . Der Verband verfolgt neben kulturellen Anliegen eindeutig politische Ziele . . . Seine Bemühungen zielen dahin, auf das kulturpolitische Programm der NPD bestimmend einzuwirken und im Bereich der nationalistischen Jugendgruppen die Rolle eines ‚Chefideologen' zu übernehmen, um diese Kreise

auch weiterhin (!, d.V.) mit seinen völkisch nationalistischen Vorstellungen zu durchdringen." *) Übertritte zur NPD haben gleichfalls Interessenverbände wie der „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) u. a. aufzuweisen, die meist eine Doppelmitgliedschaft gewähren.
Eine Analyse der Mitgliedschaft der NPD ergibt folgende Struktur: ca. 17 % der Gesamtmitgliedschaft waren bereits aktive Mitglieder der DRP, die im „Verdacht verfassungsfeindlicher Tätigkeit" *) stand und „deshalb Beobachtungsobjekt der Staatsschutzorgane gewesen" war. Etwa 18 Prozent der NPD-Mitgliedschaft waren bereits in anderen rechtsextremen Gruppen wie SRP usw. tätig. Daraus folgt, daß rund ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft der NPD im nationalsozialistischen Gedankengut verwurzelt ist und ihre politische Tätigkeit in eben diesem Sinne begreift. Daraus ergibt sich weiterhin, daß es bisher gelungen ist, zwei Drittel der Mitgliedschaft aus politisch weniger stark oder überhaupt nicht vorbelasteten Kreisen für die Politik der Partei zu gewinnen. Das bedeutet ein relativ starkes Verbreitern der Basis (heute ca. 22 000 Mitglieder), was in der Existenz von 11 Landesverbänden (demnach besitzt jedes Bundesland einschließlich West-Berlin einen eigenen NPD-Landesverband), 66 Bezirks-, 336 Kreis- und etwa 240 Ortsverbänden zum Ausdruck kommt. Die NPD ist bereits in der Lage, Jugendgruppen zu bilden, die in 24 Kreisen unter der Bezeichnung „Junge Nationaldemokraten" bestehen. In Tübingen wurde vor kurzem eine NPD-Studentengruppe gebildet.
Fragt man nach den Ursachen für das sprunghafte Anwachsen des organisierten Rechtsradikalismus im letzten Jahr, kann man sich mit den meisten der von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten dazu publizierten Meinungen und Erklärungen nicht zufriedengeben.
Beispielsweise nennt F. J. Strauß als einen der Gründe für die Erfolge der NPD „die Erscheinungen und Ereignisse der Bundesrepublik, das, was man als die Bonner Krise zu bezeichnen pflegte" (Stern 1/67). Für Strauß verbindet sich mit der „Bonner Krise" nicht etwa die Einsicht, daß das Festhalten an wichtigen Kernpunkten des politischen Konzepts der CDU/CSU auch nacherhardsche Regierungen zum Scheitern bringen kann. Für ihn ist die „Krise" mit der Bildung eines neuen Kabinetts aus möglichst vielen „starken Männern" überwunden.
Sicherlich veranlaßte die Enttäuschung über die seitens der Regierung unerfüllt gebliebenen Versprechungen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art viele Bürger, sich nach einer Alternative umzusehen. Doch das Parteiensystem hat dem opponierenden Bürger heute nicht mehr viel zu bieten — nach Bildung der Großen Koalition schon gar nicht. Deshalb nimmt es nicht wunder, wenn sich der politisch unzureichend gebildete Bundesbürger an einer Scheinalternative orientiert, die ihm geschickt von rechts her schmackhaft gemacht wird.
Obwohl die NPD ihrerseits darauf aus ist, möglichst alle Schichten der Bevölkerung an sich zu binden, setzt sie doch Prioritäten, die ihr in einer ganz bestimmten Situation einen großen Zustrom von Mitgliedern sichern.
„Bauerntum, Mittelstand, Facharbeiterschaft und ein wagemutiges Unternehmertum sind die wichtigsten Träger einer gesunden Volkswirtschaft", heißt es unter II. im Manifest der NPD.[13]) In Krisenzeiten, wenn z. B. Restriktionsmaßnahmen der Banken, zwangsweise Begrenzung des Kapitalmarktes durch Erhöhung der Zinssätze u. ä. Firmen und Handelsunternehmen zur Zahlungsunfähigkeit verurteilen, wenn mittlere und kleinere Unternehmungen im Zuge der Automation massenweise von den Monopolgesellschaften niederkonkurriert oder aufgekauft werden, wenden sich die Betroffenen und diejenigen, die schon morgen in diese Entwicklung hineingezogen werden können, natürlich derjenigen Partei zu, die ihnen die Sicherheit ihrer Existenz verspricht. So ist heute schon festzustellen (die Zahl der Konkursanmeldungen ist im Herbst 1966 durchschnittlich gestiegen)[14]), daß sich die NPD — wie einst die Nazipartei — in zunehmendem Maße aus den Mittelschichten rekrutiert. Mit ihrer Kampfansage an die „Überfremdung mit ausländischem Kapital, an den Ausverkauf unserer Großindustrien an Weltkonzerne" (Manifest der NPD), hofft die Partei ihren Einfluß auch auf die Kreise der Großunternehmer auszudehnen, die von den Riesenprofiten der internationalen Monopole ausgeschlossen bleiben. Jede Zuspitzung des Konkurrenzkampfes, jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation wird diese Kreise potentiell der NPD zuführen.
Im politisch-ideologischen Bereich wurde der Boden für das Gedeihen einer rechten nationalistischen Partei schon Jahre im voraus bereitet. Die NPD kann heute die Früchte ernten, die in unermüdlicher Kleinarbeit von den im Bundestag vertretenen Parteien gesät worden sind. Wer das Gift des Antikommunismus bereits im Blut hat, wird sich

gern von einer Partei beraten lassen, die „pflichtbewußte und weltoffene Bildung" verspricht, „um der drohenden Versklavung durch den Kommunismus und der geistlosen Nivellierung in der Masse widerstehen zu können" (Manifest der NPD).
Durch die Forderung: „Deutschland hat Anspruch auf Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist" (Manifest der NPD), gewinnt die Partei nicht nur diejenigen, die bereits jahrelang den Vertriebenenverbänden nachlaufen oder sich durch Beharren auf fiktiven Rechtspositionen für künftige Verhandlungen über den „heimatlichen Siedlungsraum" stark machen wollen. Diese Forderung fällt auch bei denjenigen Bürgern auf fruchtbaren Boden, die die militante Haltung der Vertriebenenverbände immer noch abgeschreckt hat.
Für Angehörige der Bundeswehr hält die NPD die Aufwertung der militaristischen preußisch-deutschen Militärtradition bereit. Für die älteren Offiziere die Anerkennung ihrer Taten „für Führer und Vaterland" (daher auch die verhältnismäßig hohe Zahl von Bundeswehroffizieren in der NPD) [15]. Für die jüngeren Offiziere und Soldaten das Beispiel von Mut und Tapferkeit, das die älteren ihnen in der Nazi-Wehrmacht vorexerziert haben.
Wenn man dies alles berücksichtigt, kann die NPD tatsächlich nur aus den „Erscheinungen und Ereignissen der Bundesrepublik" heraus erklärt werden, jedoch unter wesentlich anderen Aspekten, als F. J. Strauß das versucht.

A. N.

Anmerkungen:

[1]) Vergleiche: Ergänzung zum Beamteneinstellungsgesetz — Gesetz 131.
[2]) siehe auch: Dokumententeil in diesem Heft: „. . . um der Wiedergeburt des deutschen Nazismus für immer vorzubeugen."
[3]) Vergleiche: Lutz Lehmann: Legal & Opportun — Politische Justiz in der Bundesrepublik, Berlin 1966, Voltair-Verl.
Braunbuch — Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Staatsverlag der DDR, Berlin 1965, S. 147—187.
[4]) Was ehemalige Bundesminister der Verteidigung dazu zu sagen hatten:
v. Hassel: „Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben."
Strauß: „Die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen."
Vergleiche auch den formulierten Anspruch der Regierungen Adenauer und Erhard auf Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches innerhalb seiner Grenzen von 1937.
[5]) Zitate nach Georg Herde: Die Rolle der Landsmannschaften im politischen Leben der Bundesrepublik, aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1966, S. 1136—1149.
[6]) Zahlen und Zitate wie unter 5).
[7]) Vergleiche: Gestern und heute — Dokumentationen und zeitgeschichtliche Beiträge — München, Heft 1/1966.
[8]) Vergl. negative Reaktion der USA auf die Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der USA über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. März 1952.
[9]) „Für die Regierung war die deutsche Wiederbewaffnung . . . vor allem ein Teil ihrer Europapolitik", Paul Noack: Die deutsche Nachkriegszeit, Taschenbuchreihe Geschichte und Staat, Nr. 114/115, S. 117.
„Schon im Jahre 1949 hatte Adenauer von der Möglichkeit deutscher Streitkräfte in einer europäischen Armee gesprochen", ebenda S. 119.
Vergl.: . . . EVG-Vertrag (27. Mai 1952 — siehe Noack S. 119)
. . . „Pariser Verträge" vom 23. Oktober 1954 (Aufstellung einer eigenen deutschen Nationalarmee)
. . . Beitritt Bonns zur NATO am 8. Mai 1955.
[10]) 22. November 1951: Bundesregierung stellt beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die KPD für verfassungswidrig zu erklären und zu verbieten.
[11]) siehe unter 7).
[12]) Zahlen und Zitate aus: Bericht des Bundesministers des Innern über „rechtsradikale und antisemitische Tendenzen im Jahre 1965", Bonn, Februar 1966.
[13]) Als Flugblatt erschienen, des weiteren in „Gestern und heute" wie unter 7).
[14]) Vergl.: „Der Spiegel" - Nr. 35/1966, S. 18 ff., besonders S. 19.
[15]) Nach Schätzungen der Gewerkschaften gehören ca. 500—700 Bundeswehroffiziere der NPD an.
*) Hier galt der einzelne nichts mehr, der Staat aber alles.
*) zitiert aus dem Bericht des Innenministeriums über den Rechtsradikalismus in der BRD im Jahre 1965.

Das deutsche Bürgertum und die Demokratie

„Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und das der vielverschriene ‚Obrigkeitsstaat' die dem deutschen Volk angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt."

Thomas Mann,
Betrachtungen eines Unpolitischen

Gewiß, Thomas Mann distanzierte sich schon nach wenigen Jahren von dieser Auffassung. Und wir wissen heute, wie rastlos er sich dann gegen den „Obrigkeitsstaat" engagierte und demokratische Lebensformen verfocht. Aber dennoch: ist die Aktualität seiner die „deutsche Haltung" ausdrückenden Tendenz nicht bestechend? Oder wurde sie seit 1918 je in Frage gestellt? Thomas Mann urteilt über die „Haltung" seiner Schicht, des „gebildeten" Bürgertums. Bei allen wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, denen diese Schicht bis heute unterworfen war, die sie veränderten und dezimierten, bei aller Deformierung des Bildungsinhalts und -gehalts: die intensiver Ausgebildeten, jene, die auch als Akademiker etikettiert werden, votieren zunehmend für Konzepte, welche die „politische Demokratie" in Frage stellen, ja verwerfen. Zwanzig Prozent der NPD-Wählerschaft stammen schon heute aus dieser sozialen Gruppe, Ausdruck einer ideologischen Bewegung, die sich offenbar erneut zu formieren beginnt und im „gebildeten" Bürgertum ihre Basis hat.
Während einer Diskussionsveranstaltung der politischen Hochschulgruppen an der Kölner Universität über die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern wurde Professor Scheuch gefragt, wie er sich diesen von ihm ermittelten hohen Anteil erkläre. Er verwies auf einige historische Faktoren. Die spezifischen Formen, in denen sich die rasche Industrialisierung Deutschlands im vorigen Jahrhundert vollzogen habe, nannte er als einen der wichtigsten Gründe für die stete Anfälligkeit der erwähnten Schicht gegenüber „rechtsradikalen" Lösungen. Die Frage stellt sich natürlich nach dem gesellschaftlichen Inhalt der besonderen deutschen Entwicklung. Infolge der langsamen politischen Einigungsbewegung existierte ein deutscher Nationalstaat erst seit 1871, Jahrhunderte nach Bildung der englischen und französischen Nation. Der privatunternehmerische Kapitalismus fand daher auch die Voraussetzungen einer ungehinderten Innerstaatlichen Entfaltung in Deutschland wesentlich später vor als etwa in Frankreich und England, deren kapitalistische Wirtschaftsstruktur schon 1871 ausgebildet war, deren ökonomische Interessen sich bereits nach Übersee imperialistisch verlagert hatten. Als in Deutschland der Markt zu eng geworden war und Absatzkrisen immer heftiger wurden, war der lukrative Kolonialbesitz, Grundlage des Kapitalreichtums Englands und Frankreichs, schon vergeben. Dies war 1914 die Ausgangslage, die nach den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz zum Ersten Weltkrieg führte, ja führen mußte.
Mit wenigen Ausnahmen empfand die gesamte bürgerliche Welt Deutschlands in der Phase des kapitalistischen Aufbaus bis 1871 und in jener der Entfaltung bis 1914 die politische wie ökonomische Benachteiligung im Vergleich mit England und Frankreich als diskriminierend. Es entsprach dieser Situation, wenn philosophische, historische und juristische Systeme entstanden, in deren Zentrum die nationale Machtausdehnung nach innen wie über die Grenzen hinweg gestellt wurde. Der Hort für derartige Ideologien war die deutsche Universität, der potentielle Ideologieträger der Studentenschaft, aus der sowohl das sogenannte Bildungsbürgertum hervorging wie auch die personelle Grundlage der Verwaltung von Wirtschaft, Staat und Militär. Eine Weltanschauung bestimmte ihr gemeinsames Handeln, die um die Idee des „nationalen Machtstaates" kreiste. Der Historiker Treitschke postulierte 1864, daß „das Wesen des Staates zum ersten Macht, zum zweiten Macht und zum dritten nochmals Macht ist". Vor ihm schon konzipierte sein Kollege Ranke das Primat der Außenpolitik. Die Synthese zwischen der Ausbreitung der Macht im Innern und nach außen lieferte dann drei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges der Jurist Erich Kaufmann, als er die Maxime aufstellte, wonach sich „im Kriege der Staat in seinem wahren Wesen (offenbart), er ist seine höchste Leistung, in dem seine Eigen-

art zur vollsten Entfaltung kommt. Hier hat er zu bewähren, daß ihm die Weckung und Zusammenfassung aller Kräfte gelungen ist . . .". *)

Soviel zur Frage nach dem Ursprung einer Haltung, die Funktion und Wert einer Demokratie nur allzu gering schätzt angesichts der faktischen Überlegenheit von „Effizienz", „Ordnung", „Volksgemeinschaft" und anderen ganzheitlichen Vorstellungen, wenn es darum geht, mit „Entschlossenheit" Expansion zu betreiben. Ein Zitat von Krokkows, Professor für Politische Wissenschaft, soll an dieser Stelle verdeutlichen, wie jene Einstellungen die „Revolution" von 1918 überdauerten sowie auf eine zeitgemäße Problemstellung hinweisen: „Und daher konnte auch aus der Niederlage . . . nur die eine Folgerung gezogen werden: daß der deutsche Staat, daß das deutsche Staatsbewußtsein noch zu sehr in bürgerlichen Idealismen und Universalismen befangen gewesen war, und daß es nunmehr darauf ankomme, den Machtgedanken völlig rein als ‚totalen', hervortreten zu lassen."

„Bürgerliche Idealismen und Universalismen" waren für die faschistische Überzeugung geistige Agenten eines im angelsächsischen Denken angesiedelten Liberalismus. Von Montesquieu zum Teil entlehnt entwikkelten die Engländer Hume, Locke und Mill eine Theorie der Demokratie, zentriert um das Naturrecht, nach welchem dem Individuum die höchste Souveränität zukomme. Ausgehend von der Bestimmung „die Würde des Menschen ist unantastbar" wurde nach 1918 versucht, die Demokratie nach angelsächsischem Muster in Deutschland zu etablieren. Der Versuch scheiterte. 1949 entstand, parallel mit der Entnazifizierung und der „reeducation", die Bundesrepublik als zweite Staatsform dieser Art. Unter dem direkten Patronat Amerikas vollzog sich die Inkarnation einer Demokratie, deren Folie längst nicht mehr aus England, dem Mutterland aller Demokraten, sondern seit geraumer Zeit aus den USA bezogen wurde: eine formale Anleitung zum politischen Handeln, auf die zur Not verzichtet werden kann, da die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft allein von den monopolistischen hierarchistischen Organisationen außerhalb des Parlaments, aber in engem Zusammenwirken mit den staatlichen Einrichtungen abhängt. Und hierin besteht auch der entscheidende Unterschied zur Weimarer Republik, die diesen Mechanismus noch nicht kannte, der jedoch, in Deutschland erst unter dem Nazismus entwickelt, Voraussetzung dafür ist, daß ein monopolkapitalistisches System überhaupt funktionsfähig sein kann. Vor diesem Unterschied muß dann auch die „Haltung" der im akademischen Bereich ausgebildeten Schichten gesehen werden, besonders derjenigen, die als zwanzigprozentiger Anteil der NPD-Wähler fungieren. Sie haben bis heute noch nicht die Kapitulation vollzogen, die 1945 formell von ihnen verlangt wurde. Der Ausgang der neu aufkommenden Auseinandersetzungen hängt ausschließlich davon ab, ob sich die neofaschistische Bewegung auf genügend Kräfte stützen kann, wie jene während der Weimarer Republik. Das ideologische Gerüst ist allerdings schon vor Jahren bereitgestellt worden. Registrieren wir die Thesen der Professoren Forsthoff und Weber, beide Juristen, über die westdeutsche Nachkriegsdemokratie, so besteht zwischen ihrem theoretischen Ansatz und dem ihrer Vorbilder wie Carl Schmitt und Erich Kaufmann ein direkter Zusammenhang. Gegen ein übergeordnetes naturrechtliches Prinzip gewandt, relativieren sie die bestehende Demokratie allein auf die konjunkturellen Abläufe, orientieren sie ihre Chancen am tatsächlichen sozialen „Interessenausgleich" und prognostizieren ihren Zerfall für den Zeitpunkt, an dem die „sozialen Dämme" brechen. Sollte der „Dammbruch" unvermeidlich sein, dann bleibt für den Professor für Politische Wissenschaft, Voegelin, nur „als Alternative . . . der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes." Diese Andeutungen mögen hier genügen. Sie finden ihre Ergänzung in den Konzeptionen einer „formierten Gesellschaft" und nicht zuletzt in der publizistischen Demokratiekritik von Winfried Martini, Rüdiger Altmann oder Armin Mohler. Sie alle figurieren als Exponenten einer ideologischen Tradition des deutschen Bürgertums, deren geistige Wurzeln eingangs umrissen wurden. Freilich haben sich ihre Äußerungen modifiziert, angepaßt unter dem mächtigen Druck einer den USA verbindlichen Ideologie. Nichts mehr von der Verherrlichung des Führerprinzips, der vernichtenden Kritik an Parlament und Parteien, der Freund-Feind-Schablone bis hin zum Rassismus.

Nichtsdestoweniger kann nicht geleugnet werden, daß das traditionelle gesellschaftliche und staatliche Denken im Bürgertum weiterhin nachwirkt. Es ist Teil seiner Geschichte, Teil damit seiner gewordenen Existenz, seiner — wohl ambivalenten — Macht, deren Ausdruck heute die monopolistische Kapitalkonzentration ist, deren nackte politische Herrschaft noch verhüllt

erscheint. Professor Scheuch wies im übrigen darauf hin, daß sich das gesamte Parteiengefüge in der Bundesrepublik merklich nach „rechts" bewegt. Dem entspricht auch die Verlagerung der offiziellen politischen Terminologie zu Begriffen wie „dem gemeinen Wohl" verhaftet, die „Gemeinschaftsaufgaben" oder das Erhard'sche „Gemeinschaftswerk". Zudem läßt die „Große Koalition" — geschlossen „auf Gedeih und Verderb", als „Konzentration der staatserhaltenden Kräfte" begrüßt — die Realität dieser typischen deutschen Ideologie markant hervortreten.

Demgegenüber steht der Demokratiebegriff des Sozialisten jenseits der „organischen" Staats- und Gesellschaftsideen einer „Volksgemeinschaft" oder „formierten Gesellschaft", ebenso jenseits des demokratischen Formalismus, der die „Würde des Menschen" jeglicher Manipulation durch die den Produktionsverhältnissen innewohnenden Interessen des privaten Kapitals ausliefert.

Der sozialistische Demokratie- und Gesellschaftsbegriff zielt allein auf die durch die Macht der Arbeiterklasse geschützte Unmöglichkeit ab, den stets zu schaffenden gesellschaftlichen Reichtum privat anzueignen. In einer realen Demokratie müssen gesellschaftliche Arbeit und die Aneignung des Mehrwerts identisch sein, Privilegien unter dem Deckmantel einer neutralen Gewalt mit abgestuften Rechten dürfen in ihr nicht existieren; denn Demokratie ist und bleibt immer nur Herrschaft des Volkes.

Gerhard Bessau

Die Täuschung des falschen Horizonts oder Irrationale Ansprüche im Lichte rationaler Kritik

Aus Anlaß der jüngsten Devotion des politischen Opportunismus

von Horst D. Ermel, Köln

Wenn aber ein Mann seine
Unvernunft hätschelt, heraus
mit ihm an den Tag.

I.

Über die Kunst, die ältesten Fehler auf die neueste Art zu machen

In Hegels „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte" findet sich jene Auffassung, nach der alle welthistorischen Ereignisse sozusagen zweimal stattfinden. Die deutsche Bundesrepublik hat hierin einen entscheidenden Fortschritt gemacht. Nicht von ungefähr gemahnt der demokratische Ausverkauf, zunehmend unkaschiert zutage tretend, an vergangene Zeiten, die, zweimal schon, die großen hießen und läßt vermuten, daß abermals eine große Zeit vorbereitet wird.

Von den Sendboten der Gegenaufklärung, deren Wort der Staat lohnt und schützt, mit verschmitzter Beharrlichkeit auf Symptome reduziert, ging die deutsche Geschichte ins allgemeine Bewußtsein als Schicksalsdrama ein. Dem Bedürfnis nach einer berauschenden Straffung aller Lebensbezüge stellte sich der jeweils letzte Krieg als kosmische, allem menschlichen Zugriff entzogene Fügung dar, und die Kirche bereicherte den Farbenschmelz dieses Gemäldes um jene Schattierung, die als Geworfenheit der Kreatur firmiert. Solch archaischer Weltsicht setzt die neuerdings wieder als flach denunzierte Vernunft das Wissen um die Kontinuität der ökonomisch-sozialen Struktur und ihres politischen Korrelats entgegen.

Wer durch kritisches Vermögen dazu konditioniert ist, hat längst erkannt, warum die deutsche Geschichte, seit das Reich von der agrarischen zur Industriegesellschaft sich wandelte, einen unter allen Staatsformen durchgehaltenen Verlaufstypus repräsentiert. Gleichwohl ließ das allgemeine Bewußtsein, wenn immer es um den vorgeblichen Platz an der Sonne ging, durch eine militärische Interpretation der Wirklichkeit sich nicht besser manipulieren als durch die stets bereitwillig aufgenommene Verheißung, ethische Werte und sittliche Ideale in einer chaotischen Zeit zu vermitteln. Die raumgreifende Kühnheit der wirtschaftlichen Machteliten wurde unterdessen besiegelt durch die Niederlagen von 1918 und 1945, die deutsche Geschichte aber, ihres melodramatischen Anstriches beraubt, offenbarte sich als das, was sie war, noch heute ist und unter dem Kapitalismus immer sein wird: als die Geschichte der organisierten Verantwortungslosigkeit.

Diese Offenbarung, kaum geeignet, den von der Reaktion beschworenen Opfergang der Volksgemeinschaft zu adeln, blieb ebenso ephemer wie die gesellschaftlichen Verhältnisse unangetastet, denen allein alles verdankt ist. Nach dem Intermezzo der alliierten Entflechtung setzte sich wieder die immanente Logik der kapitalistischen Produktion durch und gipfelt vorerst in der Theorie der formierten Gesellschaft, dem Kernstück eines langfristigen Planes, einer industriellen Großmacht, Gesamtdeutschland den schon zweimal intendierten osteuropäischen Staatengürtel zuzuordnen. Seit langem um den Nachweis bemüht, daß die Parteien in diesem Herrschaftsmechanismus keinen sozialen Auftrag haben, entsann die Sozialdemokratie sich rechtzeitig einer verpflichtenden Tradition, die aus den Tagen des Burgfriedens von 1914 datiert, und über die Interessen von Millionen siegte — das Trauma eines Renegaten.

II.

Politik und Geist oder *Der Anschein der Humanität*

1. Den Apologeten des Pluralismus . . .

„. . . ohne die Reinigung der Kammern unseres Herzens dürfen wir das Reine nicht bitten, Einkehr zu halten. Die Reinigung aber beginnt damit, daß wir feststellen, was in uns un-rein sein könnte." (Carlo Schmid: Politik und Geist. 1964. S. 83.)

„Die Entwicklung des traditionellen zum heutigen freiheitlichen Sozialismus ist der Weg von der alten Sehnsucht zur Selbstbescheidung mit einer Welt, deren Umstände akzeptiert werden können, ohne daß auf Selbstachtung verzichtet zu werden braucht — einer Welt, in der Wirtschaft, Gesellschaft, Staat vermenschlicht sind . . . durch Bejahung und Ordnung der in der geschichtlichen Welt wirkenden Realitäten nach dem Maße des Menschen." (ebenda S. 174.)

„In keinem Programmpunkt wird dieser Wandel des freiheitlichen Sozialismus deutlicher sichtbar als in der Einstellung zu der Religion und den Kirchen . . . der Mensch in seiner Brust einen elementaren Drang nach religiöser Erfahrung trägt . . . Der freiheitliche Sozialismus weiß dies heute." (S. 191.)

Der als Sozialist sich mißverstehende Autor verfügt über geliebte Worte in ausreichender Zahl, und noch das unscheinbarste von ihnen spricht ihm das Urteil, ein in bestimmtem Kontext stehendes „eh und je" nämlich, das eine Variante des sattsam bekannten „je schon" der Evangelischen Akademien ist, also ein gebrochenes Verhältnis zur Aufklärung reflektiert. Seinsgläubigkeit aber findet stets den ihr gemäßen Ausdruck im Sprachgefühl eines von uns verlassen geglaubten Jahrhunderts und bindet den Sozialismus an das Vermächtnis der Iphigenie. Die methodische Handreichung, in reiner Einkehr „Brüderlichkeitswidriges" aus der Gesellschaft zu verbannen, gelangt über den Wandsbecker Boten nur durch die Gepflogenheit hinaus, erhabene Worte mit einem Bindestrich zu weihen.

Der Unterwerfung unter die Mechanik des Vorgefundenen im Kampf ums Dabeisein auf dem Wege zum größeren Überfluß muß die „rohdestruktive" Art des traditionellen Sozialismus höchst un-rein erscheinen und dient der Selbstbeweihräucherung eines als „lebensnah" sich verstehenden Opportunismus zur Folie. Daß ausgerechnet der Staat nach dem Maße des Menschen befunden wird, ist, solange hinter „dem" Menschen der wirkliche Mensch ebenso verborgen bleibt wie die Geschichte dieses Staates offenbar, Leerformel und Strategie der Gegenvernunft, mit großen Worten nichts zu sagen. Zu solchem Geschwätz ist die ästhetische Theorie des lebensnahen Sozialismus, die den gesellschaftlichen Auftrag der Kunst einer „Vielfältigkeit des Wirklichen" opfert und (S. 30) euphorisch über die „Kunst um ihrer selbst willen" lotet, die komplementäre Ideologie.

Wie stets, wo die Simplizität der Vernunft nichts hergibt für elementareren Bedarf, bedarf es des bewährten Leitfadens für einen Fischzug im Trüben, und der Weg führt „von der alten Sehnsucht" zu einer sehr viel älteren, zur Spekulation schließlich an jener Börse, deren Papiere auf eine fingierte Bank im Jenseits laufen. Daß die Struktur der modernen Gesellschaft mit der Verbannung religiöser Normen in eine begrenzte Bewußtseinsschicht die eigentliche subjektive und soziale Funktion der Religion längst zerstört hat, blieb außer dem lebensnahen Sozialismus nur jenen Sozialforschern verborgen, die ihre Prämissen vom hl. Thomas beziehen. Dies aber ist schlüsselhaft für das Gesamtphänomen eines solchen Sozialismus, der statt gesellschaftlicher Theorie Redeblumen anbietet für den christlichen Hausschatz bis hin zur Kanzelberedsamkeit dessen, an dem der beste Zug jener aus seiner Pfeife ist.

„Es ist etwas besonderes um die Geschichte. Sie wird nicht einfach erlebt als etwas, das war oder ist; sie wird in besonderem Maße zu sich selbst dadurch, daß man sie in die jeweilige Gegenwart erhebt, auch in die Gegenwart, die morgen sein wird, die . . . als Ahnung, als Hoffnung, als Angst berührt." (S. 60.)

Und es ist etwas besonderes um den freiheitlichen Sozialismus. Er erlebt die Geschichte nicht einfach als das, was war oder ist; er wird in besonderem Maße zu sich selbst dadurch, daß er sich vor der jeweiligen Gegenwart verschließt, auch vor der Gegenwart, die morgen sein wird, die den Kritiker als Ahnung, die Formierer als Hoffnung, die verwalteten Massen als Angst berührt.

2. . . . dient die Mystifikation der reinen Toleranz . . .

„. . . jener noblen und schwierigen Toleranz, die den anderen in seinem Anderssein will, weil man weiß, daß auf Gottes Harfe viele Saiten sind und daß nur alle zusammen den vollen Akkord des Menschseins rein zum Tönen bringen." (S. 79.)

„Doch was ist Geist? . . . Ist es das Wehen, das in der Divina Commedia den Umschwung der Planetensphären erzeugt, die ihrerseits von der Liebe Gottes in Bewegung gehalten werden, jenes Wehen, das aus der Krone des Baumes der Erkenntnis — der auf der Spitze des Berges der Läuterung steht — alle Samen des Erkennbaren über die Erde streut?" (S. 10.)

„Von dem Wege, den man in Sowjetrußland eingeschlagen hat, brauche ich hier nicht zu reden. Denn dieser Weg ist die Negation des Geistes selbst und eine Schilderhebung der bloßen Gewalt, wie ihn die Geschichte der neuen Zeit nur in der scheußlichen Epoche des Dritten Reiches gekannt hat." (S. 132.)

Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft tendiert Toleranz von unparteiischer Abstraktheit immer dazu, die Macht derer, die sie schon innehaben, zu festigen und das etablierte System der Ungleichheit zu verewigen. Die humanitäre Rhetorik des freiheitlichen Sozialismus jedoch verschleiert die Funktion des Pluralismus in einer repressiven Gesellschaft mit belletristischem Dunst. Zu nichts anderem taugt in seinen ideologischen Konsequenzen der Unfug über „Gottes Harfe" als dazu, mit der Unterstellung unwirksam gewordener Freiheiten die Knechtschaft freizusprechen.

Im offensichtlichen Stolz darauf, das ökonomische Postulat durch ein kulturelles ersetzt zu haben (S. 185), artikuliert sich eine Smartheit und wird Wort in allerlei Blödsinn, über dessen Weltvernunft Adorno urteilt, sie liege darin, zu verbergen, daß manipuliert wird und etwas erreicht werden soll: „Die Stimme, die so schwingt, unterzeichnet einen Sozialvertrag. Ehrfurcht vor jenem Seienden, das da mehr sei als es ist, schlägt alles Unbotmäßige nieder . . . Die reinen Hände verschmähen es, an geltenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen etwas zu ändern." Der seinen Humanismus bei genügender Arroganz für Humanität hält und mit seinen Reflexionen über die Planetensphären in der Divina Commedia als „Teilhaber piekfeiner Kultur" sich empfiehlt, befriedigt reale und vergebliche Bedürfnisse „vom bloßen Geist her" mit Trost ohne Eingriff.

Hubert Freistühler

Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 Postfach 124
Joseph-von-Eichendorffstr. 1 Ruf 3460

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

Und wo immer der Zelebrant eines schmucken Kulturerbes über Fragen der Gesellschaftsgestaltung mutmaßt, am Ende sogar die alte Totalitarismusdoktrin mit gefälligen Allgemeinbegriffen zu einem Schimmer von Leben zu wecken sucht, gerät es ihm fast unversehens zu einer Apologie der Repression. Indem er „zu sich selbst" wurde, vergaß der sich freiheitlich nennende Sozialismus, daß die Herstellung menschlicher Beziehungen zwischen den Menschen stets einen Akt der revolutionären Gewalt voraussetzte, den zu einer „Negation des Geistes" zu stilisieren das Interesse des Unterdrückers voraussetzt. Denn die Kämpfe für die Humanität, dem Kampf des Faschismus gegen die Humanität gleichzusetzen, heißt, wie es Marcuse gesagt hat, die Henker mit ihren Opfern versöhnen und die Hinnahme der Herrschaft der Sieger im Bewußtsein des Menschen reproduzieren.

„Das Problem Geist und Macht ist das Problem der rechten Mitte und der rechten Distanz beim Umschreiten der Flamme." (S. 11.)

Der Standort des wie auch immer verstandenen Geistes scheint sich nur der Attitüde eines Hierophanten zu erschließen, der das letzte Quentchen Klarheit einer Sentenz zum Opfer bringt, die nicht einmal als Poesie gut ist und über deren Sinn nachzudenken keinen Reiz bietet.

„Das eigentlich kulturschöpferische Element der Menschheit ist der Staat." (S. 54.)

Jedenfalls bleibt es nicht unklar, von welchem Geist diese Standortbestimmungen eingegeben sind, die sodann nichts weiter darstellen als ein Libretto für die Chöre der Moralischen Aufrüstung, einen Mahnruf zur Erbauung der dumpfesten Instinkte, deren eine große Zeit bedarf.

„Volk sein heißt, in einer Ordnung, einer allumfassenden Gemeinschaftsordnung zu stehen." (S. 40.)

3. . . . *zur feierlichen Ergänzung der Gewalt*

„Die Völker werden geschichtsmächtig, indem sie zu Nationen werden; geschichtsträchtig sind sie immer, aber sie müssen entbunden werden." (S. 75.)

„Der Grad der Entfaltung der Demokratie ist in erster Linie ein Maßstab für den Willen eines Volkes zur Selbstachtung. Nur in der Demokratie wird ein Volk zur Nation, nämlich zu einer gebietsgebundenen Gemeinschaft, deren Glieder sich in der Identität des Willens zur Ausformung eines bestimmten Menschenbildes einig wissen . . . das in der Art, wie es aufgerichtet wird, und auch in seiner Sonderheit von allen als eine gültige Ausprägung und Konkretisierung des allgemein Menschlichen angesehen werden kann." (S. 78.)

„. . . der Mensch ist gebunden an das Schicksal der Gemeinschaft und an die Realität der letzten Dinge, die der Mensch in seinem Glauben bewahrt." (S. 196.)

Der Lobredner der in Frankfurt preisgekrönten Gegenvernunft, der kongeniale Interpret Gabriel Marcels also, webt nun an dem Gewand aus Formeln der Ordnung und Bindung, das sich der wie immer lebensnahe Sozialismus im Zeitalter der großen Gemeinschaftsaufgaben anlegte. Daß der berüchtigte Schoß fruchtbar noch sei, bleibt sinnvolle Voraussetzung des Exkurses über die Geburt der Nationen, dessen Begrifflichkeit des vom Grundgesetz noch zum Souverän erhobenen Volkes schon wieder habhaft zu werden sucht. Und die Lebensnähe einer rechten Sozialdemokratie wird geschichtsmächtig, indem sie zur Gesinnungslosigkeit wird; geschichtsträchtig ist sie immer, aber sie muß, den Völkern gleich, entbunden werden — von aller Verantwortung natürlich.

Spätestens wo Realisierung der Demokratie in Bezugssysteme gerückt wird, die mit der Herrschaft über das gebiets-, schicksals-, glaubens- und auch sonst allenthalben gebundene Volk sehr viel, mit der Herrschaft durch das Volk jedoch nicht das geringste zu tun haben, wird es sinnfällig, daß im lebensnahen Sozialismus das Adjektiv sein Substantiv Lügen straft. Die „Ausformung" eines bestimmten Menschenbildes, empfangen vom Mythologem der Gottesebenbildlichkeit (S. 83), geboren unter den Auspizien der Restauration und von der kritischen Vernunft begraben, nach dem Dritten Reich bald wieder auferstanden aus dem Arsenal des abendländischen Kulturerbes, erhöht sich ganz im Stil der zu trauriger Berühmtheit gelangten deutschen Lesebücher zur „gültigen" Ausprägung des gar nicht mehr so bestimmten „allgemein Menschlichen". Diese Denksprüche über das Wesen „des" Menschen, die vor dem wirklichen Menschen so beredt verstummen und in denen stets die Bedürfnisse der Wahrheit, niemals aber die wahren Bedürfnisse Wort werden, sind ein deutscher Besitz nicht erst seit den Tagen des jungen Marx vor mehr als einem Jahrhundert, in dem augenscheinlich nichts besser wurde.

Im Hintergrund dämmert die sonst nur noch dem Landvolk suggerierte Gebundenheit des geschöpflichen Seins auf, und wieder ist es die Unverbindlichkeit selbst, die entdeckt sich

vor „Letzten Dingen" und predigt Bindungen, welche nach einem Worte Adornos die gängige Vokabel für die Zumutung von Zucht sind. Der affektive Gehalt dieser Beredsamkeit, deren Imperative unbefangen als Seinsaussagen sich geben, schafft jenes Bewußtsein, das als funktionaler Überbau zur elitär, also monopolistisch festgelegten „Stunde der Nation" in die Praxis sich umsetzen soll. Ein „beredter Rebell", dem Jens, der es hätte besser wissen sollen, um seiner „repräsentativen Rhetorik" willen Wolken von Weihrauch opfert, läßt uns über die seinem Lebensgefühl angemessenen politischen Systeme nicht im Zweifel und schiebt als Initiator einer autoritären Gesamtordnung wieder einmal Zeiten in eins.

„Volk ist Nährboden und Wachstumsprodukt; Nation ist das Produkt des Willens, mit allen auf einem gleichermaßen als schicksalhaft zugeordnet empfundenen Gebiet lebenden zusammengehören zu wollen, um auf Gedeih und Verderb das Schicksal dieser Zuordnung tragen zu können und tragen zu wollen . . ." (S. 75.)

Variation: „Ja sagen zum Schicksal . . . das ist die Haltung wahrhaften Menschentums. Diese Haltung entspricht dem Idealbild des Menschen, wie es, schlechthin gültig und aller „Zeitgebundenheit" entrückt, nichts anderes als das Wesen des Menschen zur Darstellung bringt . . . und begründet das, was für diesen Schicksalsverbundenheit und Schicksalsglaube heißt."

(W. Grebe: Der deutsche Mensch. Berlin 1937. Hier zitiert nach Adornos Schrift über den Jargon der Eigentlichkeit.)

Paraphrase: Werke zu schaffen, die ihren Meister, wenn auch nicht loben, so doch kennzeichnen . . . das ist die Haltung des fortschrittlichen Sozialismus. Diese Haltung entspricht dem Idealbild des Sozialdemokraten, wie es, schlechthin gültig und aller „Zeitgebundenheit" entrückt, nichts anderes als das Wesen des Akkomodismus zur Darstellung bringt . . . und begründet das, was für diesen Lebensnähe und Anpassung heißt.

III.

Über die Pflicht, den Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit zu schaffen

Die Saat steht in hohen Halmen, die systematisch betriebene Schönfärberei der kleinen Beiträge zum großen Abbau des Erkennens des Wirklichen hat ein Bewußtsein geschaffen, dem die Erkenntnis von Recht und Unrecht verschlossen bleibt und ein autoritäres Potential erzeugt, dessen die so zielstrebig betriebene Militarisierung des gesamten zivilen Lebens bedarf. Und wieder sucht eine auf Illusionen aufgebaute Politik die Bevölkerung mit den von ihr erwarteten Opfern vertraut zu machen und bringt ein konfessionelles Kleinbürgertum aus der Peripherie der modernen Gesellschaft nach oben, Fetischisten der Ordnung, denen die vermeintliche Liberalität der Weimarer Republik, niemals aber der Faschismus, dem sie bis zuletzt dienten, zum Trauma wurde: Schlosser der Mechanik des Institutionellen, das da zu klappen hat, mag auch, nach einem Worte Sonnemanns, sein eigener Sinn draufgehen, der Mensch immer mit und die Wahrheit und das Recht schließlich auch. Dies vollzieht sich unter der Ägide eines Mannes, der, in allem ein Repräsentant dieses Staates, nach allerlei militaristischem Flitter unter dem Gelächter Europas auch eine disfunktionale Witwe ins Leben rief, sich darum der Genealogie Lieschen Müllers zuordnen lassen mußte und dem neben der Aufforderung zur Opferbereitschaft allenfalls noch das Hohelied der Zwergschule die sonst so schwere Zunge löst.

Die erklärte Bereitschaft, den Arbeiter an den Staat heranzuführen, das Ja zur Kontinuität also, das die als natürlich begriffenen Machtverhältnisse eines autoritären Systems durch einen listenreichen Tugendkatalog stützt, nach dem nichts anders, alles aber „ehrlicher" gemacht werden soll, wurde zu einem Artikel, in dem die Sozialdemokratie nun ebenso geschmeidig macht wie vom Staate ausgehaltene Sozialreformer, gelbe Theoretiker und Kolpingvereine seit eh und je. Damit es dennoch so aussieht, als geschehe etwas, wurden in einer Gesellschaft, als deren Schlüsselfigur der Unternehmer mit Recht sich begreift, die sozialen Fragen in der Sphäre moralischer Probleme aufgehoben und entpolitisiert und der Freiheitsbegriff an das systemstützende Konsuminteresse gebunden. Wen, nachdem die Zukunft längst absehbar war, der Reaktionsfrühling des vergangenen Herbstes, von den Beteiligten euphemistisch zur „gemeinsamen Regierungsverantwortung" verklärt, überraschte, der hatte sein kritisches Kapital entweder vergraben oder seit Jahren anderswo angelegt.

Daß aber von einem Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit dort, wo er unabdingbar bleibt, die Rede nicht sein kann, verdankt sich nicht allein bewußter Manipulation, sondern scheint in einer tieferen Schicht durch die strukturellen Bedingungen der modernen Gesellschaft mit ihrer ausgeprägten Segmentierung der institutionellen Bereiche zusätzlich verankert zu

sein. Wo Handlungsnormen in der Entwicklung zu einer funktionalen Rationalisierung relativiert werden, institutionell fixierte Sinnzusammenhänge sich auflösen und kaum noch als sinnvolle Elemente in einem Erfahrungszusammenhang für die Gesamtperson dienen können, werden, worauf vor allem Luckmann hingewiesen hat, Probleme der Gesellschaft und soziale Programme subjektiv fast völlig irrelevant. Ideologisch jedoch bleibt diese als „Verbraucherorientierung" gekennzeichnete Einstellung des Einzelnen zur Gesamtkultur, insofern sie dem Rückzug auf die Wunscherfüllungen der Privatsphäre einen totalen, quasireligiösen Charakter verleiht, mithin das Funktionieren des Gesellschaftssystems bedingt, wobei es zunächst gleichgültig bleibt, was von der sozialhistorischen Problematik der Person in der modernen Gesellschaft als „jenseits der Ideologien" apostrophiert werden darf.
Vieles ist neu zu sagen über den Rahmen der Bewußtseinsprägung und Daseinsführung, manches über die Möglichkeit, Ansätze von Opposition zu formulieren und zur Aneignung zu stellen, nichts mehr jedoch über die Topoi der Heuchelei in den großen Triumphen der Gesinnungslosigkeit, die sich Verbündete noch schafft in allem, was der Schlaf der Vernunft gebiert.

Brauchen wir eine neue Partei?

Jede der täglichen Handlungen und Erklärungen der neuen Regierung und jeder Schritt der direkten Vertreter der Großindustrie zeigen, daß nicht nur dieselben Kräfte am Ruder geblieben sind, daß die alte Richtung unverändert geblieben ist, sie zeigen auch, daß neue, große Schritte in der alten, reaktionären Richtung unternommen werden sollen.

Das innenpolitische Programm der herrschenden Kreise lautet kurzgefaßt:
Notstandsgesetze — Eingliederung der Gewerkschaften („konzentrierte Aktion" von „Tarifpartnern" und Staat nennt es Wirtschaftsminister Schiller), Opfer und materielle Unsicherheit für die Bevölkerung („Erfreuliches Anwachsen der Arbeitsmoral!"). Langfristig kommen noch andere Punkte, wie die Militarisierung des Zivillebens (Luftschutz, „Zivilschutz"-Armee) und die Disziplinierung der Intelligenz dazu, bis die formierte Gesellschaft perfekt ist.

Die außenpolitische Ergänzung ist die Entwicklung einer eigenen Großmachtpolitik, die tendenziell auch eigene Atomwaffen und eigenes militärisches Engagement in anderen Teilen der Welt einschließt.
Das sind die Ziele der herrschenden Klasse. Das ist aber nur eine Seite der Sache. Ohne die Illusion zu hegen, wir könnten sie auf die Dauer daran hindern, die meisten dieser Ziele zu erreichen, können wir sagen, daß die Frage, welche ihrer Ziele sie wirklich erreichen und welches Widerstandspotential entstehen kann, offen ist. Die letzten Jahre sind nicht mehr wie früher allein durch verlorene Abwehrkämpfe der fortschrittlichen Kräfte gekennzeichnet. In den letzten Jahren sind neue Bewegungen oder wenigstens neue Ansätze hervorgetreten.
Das erste, was eine Bilanz ergibt, ist, daß es am Ende eines zwanzigjährigen beispiellosen Aufstiegs dem westdeutschen Kapitalismus nicht gelungen ist, wirklich „keimfrei" zu werden. D. h. es ist ihm nicht gelungen, durch das Verbot der KPD und anderer Organisationen, durch Verfolgung und Diskriminierung aller oppositionellen Kräfte einerseits und durch das völlige Abschwenken der SPD, durch Erziehung der Arbeiter zum „Konsumdenken" und durch die Bemühungen, die Gewerkschaften zu integrieren, andererseits die erwünschte totale Konformität, die angestrebte völlige Beseitigung der Arbeiterbewegung und jeder oppositionellen Strömung überhaupt zu erreichen.
Gleichzeitig ist eine wichtige Voraussetzung der reaktionären Strategie, nämlich das ständige wirtschaftliche Wachstum, weggefallen. Der Kapitalismus hat sich selbst entzaubert; er beginnt, seine Ausbeuterfratze wieder täglich und stündlich Millionen von Menschen zu zeigen. Das ist ein Faktor, der für die zukünftige Entwicklung der oppositionellen Kräfte von entscheidender Bedeutung sein wird.
Wenn wir die Chancen der Linken in der Bundesrepublik beurteilen, dann können wir sagen, daß allgemein gesehen die Situation für uns günstig und nicht mehr ungünstig ist.

Zusammenschluß der außerparlamentarischen Opposition
Die neue Lage macht die Organisierung einer neuen oppositionellen Kraft möglich und notwendig; freilich kann man eine solche Kraft nicht herbeizaubern oder proklamieren (und auch nicht einfach „gründen", wie manche meinen). Die Voraussetzung einer solchen Kraft ist ein gewisser Entwicklungsstand dessen, was da ist, nämlich der außerparlamentarischen Opposition.
Diese Opposition wird (unsystematisch aufgezählt) repräsentiert von der Kampagne für Abrüstung, den Wehrdienstgegnern und anderen Friedensverbänden sowie der DFU. Ferner vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, vom Sozialistischen Bund und den verschiedenen sozialistischen Studiengesellschaften, Zirkeln und Gruppen. Hinzu kommen einige demokratische und nonkonformistische Verbände und Studentengruppen sowie der fortschrittliche Teil der Professoren, Schriftsteller und Künstler, der teils unabhängig, teils in den genannten Organisationen tätig ist.
Ein besonders wichtiger Teil der allgemeinen Opposition ist die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, deren Frankfurter Kuratorium durch den Kongreß eine eindrucksvolle Demonstration der doch vorhandenen Stärke und der beginnenden Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik herbeigeführt hat. Die lokalen Notstandsaktionen und Notstandsausschüsse bedeuten vielfach eine Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaftern, Sozialisten, Künstlern, Vertretern der Friedensbewegung usw.
Eine bedeutende, effektiv oppositionelle Kraft sind schließlich mehrere Einzelgewerkschaften und lokale DGB-Gliederungen, d. h. alle die Kräfte, die entschlossen die gewerkschaftliche Unabhängigkeit verteidigen.
Das vielfältige, fast chaotische an dieser Aufzählung zeigt schon das Problem, nämlich die Zerrissenheit und damit Schwäche dieser Opposition. Gleichzeitig drängt die allgemeine Situation und drängen die einzelnen Teile dieser Opposition zu verstärkten gemeinsamen Aktionen und zur Zusammenarbeit, weil heute die Hauptfront in der Bundesrepublik zwischen den genannten demokratischen Kräften einerseits und den reaktionären Tendenzen zur Formierung, zur Integration der Gewerkschaften, zum Abbau der Demokratie und zur sozialen Demontage andererseits verläuft. Das ist der aktuelle Hauptwiderspruch in der Bundesrepublik; er wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen und noch deutlicher hervortreten.
Das heißt, daß der Zusammenschluß möglich ist — ohne daß deshalb die Unterschiede innerhalb der allgemeinen Opposition verschwinden würden und ohne daß wir diese Unterschiede wegreden oder verkleistern. Daraus ergibt sich die aktuelle Aufgabe für uns, die Solidarität und Zusammenarbeit innerhalb der demokratischen Opposition zu entwickeln. Beispielsweise sind bei einzelnen Notstandsausschüssen die Sozialisten und Kommunisten, ja auch die Vertreter der Friedensbewegung noch ausgeschlossen oder diskriminiert. Ein konsequenter und breit angelegter Kampf gegen die Tendenzen zur Diktatur (der übrigens durch eine Verabschiedung der Notstandsverfassung keineswegs beendet wäre!) wird dadurch behindert.
Auch ein Teil der Friedensbewegung sollte sich überlegen, ob man auf die Dauer den Friedenskampf vom Kampf um die Reste der Demokratie und von der sozialen Problematik trennen kann. Die Argumente und Reden einiger bleiben oft ein ganzes Stück hinter den wirklichen Zusammenhängen und hinter den Erkenntnissen der Teilnehmer oder der Interessierten zurück. Damit soll beileibe nichts Böses über das ironisch so nennbare „reine Friedenstum" und über verschiedene pazifistische Ideen gesagt werden, denn diese Strömungen sind unter den jetzigen Verhältnissen fortschrittlich und oppositionell. Es soll nur etwas gegen eine Vorherrschaft oder gar Ausschließlichkeit dieses einen Faktors in einer politischen Bewegung, wie der Friedensbewegung, gesagt werden.
Der bereits genannte Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) könnte trotz aller Begrenztheit und Unbeständigkeit von Studentenorganisationen eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung einer neuen breiten Opposition spielen. Freilich erkennen manche Gruppen noch nicht, welche Aufgaben in der allgemeinen Opposition einem Verband zukommen, der sich selbst als „vorläufig einzigen überörtlichen und legalen sozialistischen Zusammenschluß", als „sozialistischen Teil der Friedensbewegung und der Notstandsopposition" bezeichnet. Eine Zunahme an Zahl, an Organisiertheit und an Bewußtsein ist offensichtlich; aber es besteht ein gewisser Widerspruch des SDS in seiner Doppelrolle als aktive, einzige usw. sozialistische Organisation einerseits und als linker Kinder- oder Studentengarten andererseits. Der SDS ist deshalb eine wichtige, aber auf die Dauer doch nicht ausreichende sozialistische Organisation.

Wir brauchen nicht nur eine sozialistische Organisation für Studenten. Auch andere Formen sozialistischer Zusammenschlüsse zu entwickeln, bedeutet aber nicht, auf die notwendige Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte zu verzichten; die Front der politischen Opposition in der Bundesrepublik umfaßt alle Kräfte, die für die Verteidigung der demokratischen Rechte und der sozialen Errungenschaften, für den Frieden und für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit eintreten. Ein solcher Zusammenschluß muß unter bewußtem Einschluß der Marxisten vor sich gehen. Andererseits müssen alle Kräfte, die bereit sind, für diese Ziele wirklich einzutreten, eingeschlossen werden. Die Basis ergibt sich aus dem gegenwärtigen Hauptwiderspruch; daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit der Breite der Bewegung.

Die konkrete Gestalt des Minimalprogramms kann sich freilich erst in Gesprächen und in gemeinsamen Aktionen herausbilden; aber es ist klar, daß wir für dieses Bündnis auch Sozialdemokraten und Liberale, fortschrittliche religiöse und humanistische Kräfte gewinnen müssen. Andererseits werden wir auf solche „Demokraten" und auf solche „Marxisten" verzichten, die nicht bereit sind, gegen den gemeinsamen Gegner zu kämpfen, sondern unter irgendwelchen Vorwänden oder aus diesen oder jenen Rücksichten einen Teil der Opposition ausschließen oder diskriminieren wollen. Das ist ein brauchbares Kriterium, um zu entscheiden, wer „links" und „mit uns" und wer „rechts" und „gegen uns" ist.

Ist es möglich, bedeutende gewerkschaftliche Kräfte für eine politische Opposition zu gewinnen?

Für die Gewerkschaften stellt sich immer mehr die Frage, ob sie den Weg der prinzipiellen Einheit mit den Unternehmern — notfalls auch g e g e n konkrete soziale oder politische Interessen der Arbeiter — oder den Weg der Unabhängigkeit, des Vertretens der Interessen der Arbeiter — notfalls gegen die Regierung und die Unternehmer, auch gegen eine SPD-Regierung — gehen wollen. Der erste Weg, den Georg Leber, leider gefördert von wichtigen Teilen des Bundesvorstands, eingeschlagen hat, führt am Ende zur Neuauflage der Arbeitsfront, zum „ständischen" Mitwirken der Gewerkschaften in der formierten Gesellschaft (eine Art von Mitbestimmung, die die Unternehmer durchaus begrüßen), zur Mitwirkung am Abbau von Löhnen bei Krisenerscheinungen usw. Das wurde bisher nicht so deutlich, weil die Unternehmer Leber „belohnt" haben; das kann unter den jetzigen Verhältnissen aber sehr schnell offensichtlich werden und die gegenwärtigen Kontroversen über die Linie in der Tarifpolitik deuten es im Grund schon an. *)

IG Metall, IG Chemie und einige andere Gewerkschaften halten in wichtigen Fragen an der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit fest. Es ist erreichbar, daß sie weiterhin daran festhalten und das wird umso notwendiger (und für die Arbeiter umso plausibler), je mehr Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter abgewehrt werden müssen. Natürlich wird der Druck der Unternehmer und des Staats und ihres Haupthelfers in derlei Dingen, der SPD-Führung, ebenfalls stärker. Aber die Schulungsarbeit der Gewerkschaften, der Kongreß „Notstand der Demokratie", einige Aspekte der Tarifpolitik u. a. zeigen, daß die Integration der Gewerkschaften keine ganz einfache Sache ist und daß sie entweder gar nicht oder wenigstens nicht ohne bedeutende Gegenkräfte auszulösen, vor sich gehen kann. Auch Willy Brandts Lächeln wird das nicht ändern können, wenn jeder sieht, daß sein SPD-Wirtschaftsminister zum Feldwebel der Großindustrie geworden ist.

Freilich ist die Erhaltung der Unabhängigkeit nur möglich, wenn der vorhandene Widerstand auch feste politische Formen annimmt. Einfach ausgedrückt: Es ist zwar nicht wahrscheinlich (und auch gar nicht notwendig), daß viele führende Gewerkschaftsfunktionäre einem neuen oppositionellen Zusammenschluß beitreten; es ist aber notwendig und auch erreichbar, daß sie diesen Zusammenschluß entweder unterstützen oder wenigstens nicht behindern; daß sie begreifen, daß der Beitritt von Funktionären, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend eine Stärkung der gerwerkschaftlichen Unabhängigkeit und Schlagkraft darstellen würde.

Viele der Aktivitäten gegen die Notstandsgesetze und viele der örtlichen Ausschüsse sind sowohl Anzeichen dieser Möglichkeit wie auch schon eine der Vorformen der politischen Opposition. Bei unserer Aktivität gegen die Notstandsgesetze wird es in der Zukunft darauf ankommen, daß wir sie mehr und bewußter als bisher als p o l i t i s c h e Arbeit mit dem Ziel der Formierung einer oppositionellen Kraft sehen. **)

Wie steht's mit den Sozialdemokraten?

Von denen, die seit der großen Koalition laut „Partei! Partei!" zu rufen begonnen haben, glauben einige, daß man erstens eine „sozialistische Partei" gründen müsse *) und daß zweitens diese Gründung der Fanfarenstoß für das endliche Abschwenken riesenhafter sozialistischer Heerscharen aus der Sozialdemokratie sein würde.

Die große Koalition ist aber kein neuer oder überraschender „Sündenfall" der SPD. Sie ist ein Schritt auf dem Weg, der nach dem Verlassen der proletarischen Positionen notwendig auch zur Bereitschaft, die bürgerliche Demokratie da und dort — und wenn's sein muß auch ganz — aufzugeben, führt. Die Position der SPD nach dem ersten Weltkrieg bedeutete nicht allein das Nichtdurchführen der sozialistischen Revolution, sondern sie bedeutete auch die Bekämpfung konsequenter bürgerlich-demokratischer Veränderungen im Interesse des Kampfs gegen den Sozialismus. Das gehört zusammen. Heute, wo das, was an bürgerlicher Demokratie da ist, gefährdet ist, ist die SPD das wichtigste Instrument unserer Gegner geworden, mit dem die Notstandsgesetze schmackhaft gemacht und die Gewerkschaften „eingeordnet" werden sollen, mit dem die demokratische und Friedensbewegung bekämpft und zersplittert wird usw.. Daß die SPD ein schwer ersetzbarer Helfer der Reaktion beim Abbau der Demokratie, bei sozialer Demontage und bei der Entwicklung einer Großmachtpolitik nach außen ist, das ist der rationale Kern, den das alte Schlagwort vom „Sozialfaschismus" trotz allem hat.

Es ist nun nicht so, daß die große Koalition plötzlich aus Bravlingen Sozialisten macht; aber es ist so, daß die Politik, die die SPD-Führung seit Jahren betreibt, auf den Widerstand vieler Mitglieder stößt. Es gibt Mitglieder, die sich nicht auf Kritik der SPD-Führung beschränken, sondern die am Arbeitsplatz, als Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre oder in anderen Bereichen, eine eigene und tatsächlich oppositionelle Politik machen. Es kommt jetzt darauf an, die Zahl der tatsächlich oppositionell handelnden (nicht nur räsonierenden und resolutionierenden) Sozialdemokraten zu erhöhen; es kommt darauf an, daß sie begreifen, daß die große Koalition ein Grund mehr ist, die außerparlamentarische Opposition zu stärken. Für Lohnforderungen und gegen die Notstandsgesetze einzutreten, den Ostermarsch oder gar den SDS zu unterstützen usw.

Es gibt eine einfache Frage an die Sozialdemokraten, die gegen die große Koalition sind:

„Werden Sie jetzt den nächsten Ostermarschaufruf unterschreiben? Tun Sie etwas gegen die Notstandsgesetze? Sind Sie bereit, eine e i g e n e Ostpolitik zu machen (Gespräche, Kontakte zu unterstützen usw.)?"

Die Antwort auf diese oder ähnliche Fragen wird es uns erleichtern, zwischen den wirklich oppositionellen Sozialdemokraten und einer anderen Gruppe von „Linken" zu unterscheiden. Damit meine ich jene „Parteiopposition", die gleichzeitig die bewährte Nachwuchsquelle für die sogenannten „rechten Führer" bildet und die so zum Gesamtbild der SPD gehört, wie Johnsons „Friedensinitiativen" zu seinen Bombardierungen.

Eine neue Alternative

Weil eine demokratische Alternative nur aus der Stärkung und Entwicklung der vorhandenen oppositionellen Kräfte entstehen kann, ist die Stärkung und Zusammenfassung dieser Kräfte unsere hauptsächliche und aktuelle Aufgabe.

Aus dem Charakter der geschilderten oppositionellen Kräfte, von dem wir ausgehen müssen, ergibt sich, daß es sich bei einem schließlichen Zusammenschluß weder um eine sozialistische noch um eine radikaldemokratische Weltanschauungspartei handeln kann. Selbstverständlich ist das kein Argument gegen einen Zusammenschluß der Marxisten — ein solcher Zusammenschluß ist grundsätzlich notwendig. Aber er steht nicht im Widerspruch zu einer breiten Oppositionsbewegung, sondern er macht diesen Zusammenschluß erst sinnvoll, ohne ihn ersetzen zu können. (Im übrigen müssen bei einer Erörterung dieses Problems die vorhandenen gesetzlichen Bedingungen berücksichtigt werden).

Jedenfalls enthalten die Pläne, die gegenwärtige Opposition in der Bundesrepublik zu einer legalen, breiten und gleichzeitig tatsächlich sozialistischen Kraft zu organisieren, einige innere Widersprüche. Eine Zusammenfassung der Opposition zu einer nicht sozialistischen „radikaldemokratischen", sozialdemokratischen, „volkssozialistischen" usw. Weltanschauungspartei wäre ebenfalls falsch und insofern reaktionär, als sie sowohl gegen die Breite der Bewegung wie (vor allem) gegen die Marxisten gerichtet wäre.

Die Erklärung zur großen Koalition, die die DFU am 15. Dezember 1966 abgegeben hat, deutet dagegen eine Lösung an, die der tatsächlichen Struktur und den Aufgaben der Opposition gerecht wird. Dort heißt es, die DFU werde bei den kommenden Landtagswahlen wieder kandidieren, weil sie es dem fortschrittlichen Wähler nicht mehr zumuten könne, SPD zu wählen. Sie geht jedoch davon aus, daß das nur eine Übergangslösung sein kann, daß sich aus der „breiten Bürgerrechtsbewegung bis zur nächsten Bundestagswahl eine Wahlalternative zur großen

Koalition und zur NPD entwickelt, die von der FDP über den Frankfurter Kongreß, die Jugend- und Studentenorganisationen bis hin zur sozialistischen Linken reicht . . . Die DFU wird bei der Schaffung dieser breiten und demokratischen Wahlalternative selbstlos mitwirken."

An dieser (leider nicht ganz präzisen) Erklärung ist zweierlei bemerkenswert. Erstens der richtige und begrüßenswerte Entschluß, zu kandidieren. Man kann nicht jahrelang auf die Kandidatur einer linken Kraft verzichten. Die Wahrheit ist, daß die partielle Selbstaufgabe der DFU schon vor der großen Koalition f a l s c h war. Denn auch wenn die DFU in die meisten Parlamente nicht eingezogen wäre, so hätte ihre Kandidatur wenigstens einen Teil der oppositionellen Kräfte zusammengehalten und eine zeitnahe, auch auf soziale Probleme eingehende Propaganda (die sich aus den Notwendigkeiten des Wahlkampfes sozusagen von selbst ergeben hätte) wäre ebenso erfolgreich wie notwendig gewesen. Welches linke Potential wohl die Aufrufe, SPD zu wählen, geschaffen oder wenigstens erhalten haben? Sicher ist jedenfalls, daß diese Politik auch noch die Positionen der DFU bei den so wichtigen Stadt- und Gemeinderatswahlen untergraben hat.

Zweitens ist an dieser Erklärung bemerkenswert, daß die DFU erkannt hat, daß heute ihre eigene Kandidatur nur noch eine Übergangslösung sein kann. Lorenz Knorr hat die zitierte Erklärung dahin interpretiert, daß es sich bei einer neuen Kraft um eine möglichst breite Union für die Verteidigung der demokratischen Rechte, der sozialen Errungenschaften und des Friedens handeln soll. Die Union soll sozialdemokratische und liberale Kräfte ebenso umfassen wie sozialistische, einschließlich derjenigen sozialistischen Kräfte, denen heute eine legale Organisation verwehrt wird.

Diese Sprache ist sauber und klar. Gibt es denn in der demokratischen Opposition Kommunisten? Selbstverständlich! Die Sozialisten und Kommunisten sind ein wichtiger Teil der Kräfte, die bereit sind, für die genannten Ziele einzutreten. Soll denn diese Union eine sozialistische oder kommunistische Organisation sein oder werden? Selbstverständlich nicht! Sie soll ein Zusammenschluß auf der Basis gemeinsamer Ziele, das Bündnis, die Union verschiedener Kräfte sein.

Diese Lösung ist hundert mal besser, aktuell stärker und gleichzeitig zukunftsträchtiger als alle die Schwindeleien von „sozialistischer Partei", die der Bewegung, die heute schon r e a l eine U n i o n s b e w e g u n g ist, ein Korsett überstülpen wollen und am Ende zu einer neuaufgelegten Sozialdemokratie führen würden.

Wenn es uns gelingt, das, was heute an oppositionellen Regungen schon da ist, zu entwickeln, wenn es uns gelingt, eine Aushöhlung mancher Kräfte (z. B. der Notstandsopposition) zu verhindern und einen Zusammenschluß der demokratischen Opposition zu erreichen, dann ist eine der Voraussetzungen für eine neue Entwicklung in der Bundesrepublik geschaffen. Zu schaffen ist es.

Erich Eisner

*) Die IG Bau ist bereit, Lohnleitlinien zu akzeptieren, die die Lohnerhöhungen an dem Produktivitätszuwachs orientieren, wenn man die Preiserhöhungen einrechnet.

**) Ein Beschluß der letzten Delegiertenkonferenz des SDS definiert die Position der sozialistischen Notstandsgegner innerhalb der allgemeinen Opposition:
„Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung. Aber er weiß, daß dieser Kampf nicht allein für die Erhaltung der demokratischen Form geführt werden kann, sondern sich vor allem vom gesellschaftlichen Inhalt der Gesetze leiten lassen muß." „Durch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zusammen mit allen anderen Notstandsgegnern verteidigen wir die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung gegen die Bourgeoisie, die diese Rechte liquidieren will." „Ziel dieser Politik muß die Organisierung der spontanen Gegenreaktion auf vorliegende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu einer politischen Kraft sein." „Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Notstandsgesetze, sondern auch an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse." (Auszüge)

*) Wenn man die Resolution des Sozialistischen Bunds ernst nimmt, dann sollen „alle Gegner der großen Koalition" zu einer „sozialistischen Kraft" zusammengefaßt werden. Woher der plötzliche „Sozialismus" dieser Gruppe kommen soll, noch dazu dann, wenn man (was manche wirklich planen) die neue Partei gegenüber den Kommunisten „klar abgrenzen" will, bleibt geheim.

DOKUMENTE

Auszüge aus dem „Potsdamer Abkommen", geschlossen am 2. August 1945 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland.

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. Der Text dieser Übereinkunft lautet:

Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß.

A. P o l i t i s c h e G r u n d s ä t z e

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und entgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen.

II. Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

III. Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

IV. Die entgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft

werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet.
5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
II. sind in ganz Deutschland alle demokratischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.

Beschluß der 21. ordenlichen Delegiertenkonferenz des SDS vom 1.-4. September 1966 in Frankfurt/Main zum
Rechtsradikalismus in Deutschland
Einige Vorfälle in der letzten Zeit haben erneut den Anstieg rechtsradikaler Tendenzen unter den Studenten gezeigt. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der politischen Entwicklung in der BRD, die, wie dies weltweit geschieht, mehr und mehr von der liberalen Marktwirtschaft zu staatsinterventionistischer Planung übergeht. Ausdruck dieser Notwendigkeit innerhalb dieser Phase des kapitalistischen Systems ist unter anderem ein solches Konzept wie das der „Formierten Gesellschaft" der CDU und sind jetzt die Stabilisierungsgesetze. Erforderlich für die Durchführung dieser Maßnahmen ist eine innenpolitische Disziplinierung, deren Werkzeug unter anderem die Notstandsgesetzgebung darstellt.
Im politischen Bereich wird das deutlich am rapiden Anwachsen der NPD und der relativen Stärkung der CSU wie des rechten Flügels der CDU in der letzten Zeit. Derartige Tendenzen bezeichnen eine zunehmende Polarisierung der politischen Positionen in der BRD. Für die Situation der Hochschule bedeutet dies, daß zwar einigen Studenten sozialistische Positionen einleuchtender erscheinen mögen als früher — für eine große und wachsende Anzahl trifft aber zu, daß sie rechtsradikalistische Aktivitäten als echte Alternative zu der derzeitigen Politik der Bundesregierung betrachten. Solche Aktivitäten knüpfen bei ihren Adressaten an latente autoritäre Bewußtseinsformen an und machen sie dadurch der Manipulation zugunsten solcher Positionen zugänglich.
Eine Untersuchung, die rechtsradikale Tendenzen unter diesem Gesichtspunkt zu behandeln hätte, müßte folgende Punkte enthalten:
1. Es scheint nicht ganz ausgeschlossen zu sein, daß die autoritäre Struktur der Bundeswehr und vor allem das ideologische Milieu, dem die Soldaten 1 ½ bis 2 Jahre ausgesetzt sind, nicht ganz unschuldig an der Ausbildung rechtsextremer Bewußtseinshaltungen sind.
2. Es scheint, daß Angehörige gerade solcher Fakultäten anfällig für den Rechtsextremismus sind, in denen politische Abstinenz gepflegt wird: also vor allem in den naturwissenschaftlichen Fakultäten (Landwirtschaft-, Human- und Veterinärmedizin); es scheint auch so zu sein, daß die Vernachlässigung der Reflexion auf die politische Wirksamkeit juristischer Formalien ebenfalls zu einem tendenziell rechtsextremen Bewußtsein in den juristischen Fakultäten führt.
3. Es scheint, daß die Korporationen und der in ihnen gepflegte Geist, etwa die autoritäre Struktur, das esoterische Gehabe, nicht ganz unschuldig an der Bildung und Förderung rechtsextremistischer Bewußtseinshaltungen sind.
4. Vielleicht sollte man eine Untersuchung auch an den Anstalten durchführen, die Volksschullehrer ausbilden. Gerade hier scheint eine Untersuchung besonders wichtig zu sein, weil die Absolventen solcher Anstalten eine viel größere, wenn auch anonymere Breitenwirkung haben als die Absolventen der Universitäten, die als Erzieher auf einen kleineren Kreis einwirken können. Vielleicht sollte in dieser Einsicht einmal erneut die Tradierung rechtsextremer Gedanken in der Schule untersucht werden.
Eine möglichst große Repräsentativuntersuchung, die ein genaues Bild über die tatsächliche Verteilung rechtsextremer Aktivitäten und Buwußtseinsformen liefert, ist für die Arbeit aller SDS-Gruppen an den Hochschulen, sowie in der Öffentlichkeit überhaupt von entscheidender Relevanz.
Warum Widerstand gegen die NPD
Flugblatt des SDS Köln anläßlich einer Demonstration Kölner Jugendorganisationen gegen die NPD.
Das Anwachsen der neonazistischen NPD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern widerlegt die Behauptung, daß in der Bundesrepublik der Neubildung oder der Wiederbelebung nazistischer Kräfte jeglicher Boden entzogen sei. Nach dem, was in Deutschland unter der Naziherrschaft an Schrecklichem vorausgegangen war, ist ein solches Wahlergebnis nur unter Bedingungen möglich, die den Nazismus besonders fördern. Nach der vom deutschen Nationalsozialismus verschuldeten Katastrophe des 2. Weltkrieges wäre eine restlose Beseitigung aller Voraussetzungen für eine Wiederholung derartiger Ereignisse notwendig gewesen:
1. Bestrafung der Hauptschuldigen am Krieg und deren Hintermänner. Von 5234 verurteilten Naziverbrechern und Massenmördern wurden 9 zum Tode und 71 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Heute ist Rudolf Heß der einzige, der von den 71 seine Strafe noch abbüßen muß. Die meisten der Verurteilten sind vorzeitig freigelassen worden.
2. Entflechtung der Rüstungskonzerne und Entmachtung der Wirtschaftsbosse und Industriekapitäne, die an der Wehrwirtschaft und dem Krieg verdienten.
Heute ist die Konzentration der Wirtschaft wieder so weit fortgeschritten, daß sie von 94 Männern beherrscht wird. Abgesehen davon wurden zu einer Demokratisierung der Wirtschaft nie ernsthafte Versuche unternommen; Konzerne, Kartelle, Trusts blieben erhalten.
3. Entfernung führender Nationalsozialisten aus allen verantwortlichen Stellen in Staat, Wirtschaft, Bildungswesen, Gerichtsbarkeit und anderen öffentlichen Ämtern. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß
21 Minister und Staatssekretäre
100 Generale und Admirale der Bundeswehr
828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter
245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate
297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes
bei uns Entscheidungsgewalt besitzen, die bereits zu den Stützen der Hitlerdiktatur gehört hatten. Als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers wird uns ein Herr Kiesinger angeboten, der unter Hitler Diplomat in einflußreicher Stellung gewesen ist.
Diese Tatsachen werden ergänzt durch eine Wiederherstellung alter Verhältnisse im politischen Bereich:
1. Der Antikommunismus, das heißt: Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, billige Diffamierung politisch Andersdenkender, gezielte Propaganda gegen die Sowjetunion, die DDR und andere Staaten Osteuropas, hat die Möglichkeiten für die Entwicklung einer breiten Demokratie stark beschränkt.
2. Der Revanchismus, das heißt: Forderungen nach Rückgewinnung der im Krieg verlorenen ehemals deutschen Gebiete in Polen, der Sowjetunion und anderswo nähren in einem Teil der Bevölkerung falsche Hoffnungen, schüren den Haß gegen andere Völker und züchten nationalistische Gefühle.
3. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für ganz Deutschland soll den Boden bereiten für eine „Baldige Einigung Deutschlands in Freiheit" nach dem gesellschaftlichen Vorbild der BRD, die bei dem jetzigen Kräfteverhältnis kaum ohne Gewaltanwendung vonstatten gehen würde.
4. Die Vermittlung unwahrer, zumindest aber verzerrter Vorstellungen über die Herrschaftsperiode des Nationalsozialismus, über Hitler und den 2. Weltkrieg soll offenbar werdende Parallelen zwischen den heutigen politischen Verhältnissen und der Lage im 3. Reich verschleiern.
5. Die geplanten und zum Teil bereits vorbereiteten Maßnahmen der Notstands- sowie Stabilisierungsgesetze bewirken die Einschränkung der demokratischen Freiheiten des einzelnen Bürgers, der zum politisch Unmündigen gemacht und dann mühelos „gleichgeschaltet" werden kann.
Diese und andere Einzelheiten aus unserer Wirklichkeit beweisen, daß die von der Bundesregierung und der CDU/CSU betriebene Politik den Boden für das Entstehen der NPD bereitet hat. Zweifellos hat die Politik tonangebender Mitglieder der SPD-Parteivorstandes den Unionsparteien dabei Schützenhilfe geleistet. Das Fehlen einer konstruktiven Opposition im Interesse der

Arbeitnehmer führt viele mit der politischen und wirtschaftlichen Lage unzufriedene Bürger in das Fahrwasser der NPD.
Diese Partei bietet keine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung, sondern hat sich alle wesentlichen Ziele der Regierungspolitik zueigen gemacht.
Die NPD ist die nationalistische Verpackung, in der alte und neue Forderungen nicht etwa der Arbeiterschaft, sondern der herrschenden Kreise angeboten werden. Wenn Widerstand gegen das Erstarken der NPD geleistet wird, dann mit dem Ziel:
1. Eine neue faschistische Entwicklung in unserem Lande zu verhindern; denn eine politisch starke nationalistische Partei bedeutet unter unseren wirtschaftlichen Verhältnissen Faschismus mit allen seinen verheerenden Folgeerscheinungen.
2. Widerstand gegen des Erstarken der NPD bedeutet Eintreten für eine Legalisierung der KPD, die zusammen mit der SPD und den Gewerkschaften schon in der nationalsozialistischen Zeit verboten war.
3. Widerstand gegen das Erstarken der NPD bedeutet Eintreten für soziale Sicherheit zu Lasten der Rüstungsausgaben und der riesigen Gewinne der Unternehmer.
4. Widerstand gegen das Erstarken der NPD bedeutet Eintreten für eine Politik der Abrüstung und des friedlichen Nebeneinanderlebens in Deutschland und Europa.

November 1966

STUDENT UND POLITIK

Vietnam-Woche des SDS in Köln vom 11.—16. Dezember 1966

Veranstaltungen:

I. *11. 12. 1966* Auftaktveranstaltung der „Kampagne für Abrüstung" im großen Rheinsaal der Kölner Messe.
II. *13. 12. 1966* Vorführung von französischen und vietnamesischen Kurzfilmen in der Aula der Universität.
III. *14. 12. 1966* Gastspiel von Wolfgang Neuss und Dieter Süverkrüp.
IV. *15. 12. 1966* Bildreport
V. *16. 12. 1966* Teach-in und anschließende Demonstration.

Zu I.: In erfreulicher Solidarität mit der Aktion „Frieden für Vietnam" der Kampagne hatten sich große Teile der Kölner „Kulturlinken" — unter ihnen die Maler Wolf Vostell und Prof. Hubert Berke, sowie die Schriftsteller Zwerenz, Fäcke, Böll und Schallück — bereitgefunden, Bilder und Bücher einer Tombola zur Verfügung zu stellen, deren Reinerlös dem Roten Kreuz von Nordvietnam und dem Roten Kreuz der FNL zugute kommt.

Die wohl bemerkenswerteste Rede an diesem Nachmittag hielt G. Rombey, Bezirksjugendsekretär der IG Metall, der sich nicht auf den Standpunkt einer gewiß lobenswerten, aber letztlich doch abstrakt bleibenden Humanität zurückzog, sondern die wahren Schuldigen, die ein ausschließliches Interesse an diesem Krieg und an der Verschleierung seiner wahren Ursachen haben, beim Namen nannte: Die Konzerne der amerikanischen Rüstungsindustrie!
Indem er auf die verhängnisvolle, aber durchaus logische, personelle Verquickung von Armee, Großindustrie und CIA hinwies, ging er, die Beziehung zur Krise des Kapitalismus aufweisend, über den Rahmen des Tagesgeschehens bewußt hinaus.
Frau Dr. Sölle, Privatdozentin der Universität, lieferte einen eindrucksvollen Beitrag. Von einer humanistischen Interpretation der christlichen Lehre ausgehend, verglich sie die Leiden des vietnamesischen Volkes unter dem amerikanischen Terror mit denen der Juden unter Hitler. Ihr aufrüttelnder Schlußsatz (Kardinal Spellmann und seinesgleichen ins Gebetbuch geschrieben): „Golgatha liegt heute im Mekong-Delta."
Den künstlerischen Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Schauspieler Hans Ernst Jäger mit Songs von Brecht. Seine Interpretation des „Kälbermarsches" machte die unbewältigte Gegenwart beklemmend deutlich.

Zu II: Die Filme erreichten durch die brutale Konfrontation mit der Wirklichkeit der unablässigen Bombardements durch die Amerikaner (genannt: „Friedensoffensive") eine Wirkung, die jeden Kommentar erübrigte.

Zu III: Neuss und Süverkrüp bewiesen, daß man heute Kabarett auch noch anders machen kann, sogar anders machen muß als die Fernseh-Konform-Kabaretts, die, zur Linken Maegerlein, zur Rechten „Mainz, wie es singt und lacht", über sich die Knute des Intendanten, ihre Existenzberechtigung nur noch aus ihrer fürstlichen Entlohnung abzuleiten vermögen.
Die beiden — eine ideale Kombination: hier der Sänger und Poet, nie unpolitisch, aber stets die politische Aussage noch stärker vermittelnd durch die künstlerische Intensität des Vortrags, dort der politische Agitator, bitter und scharf wie nie zuvor; bestes Beispiel dafür, so traurig es ist, wie persönliche Repression in positive politische Wirksamkeit umschlagen kann.
Die einem verschwindenden Teil positive, überwiegend aber offen feindselige Kommentierung des Abends durch die Kölner Presse findet vielleicht ihre Erklärung darin, daß sich die Künstler als „Genossen" einführen ließen. Zwanzig Jahre antikommunistische Deformierung des Bewußtseins zeigten selten so erfolgreich ihre Früchte wie in der Berichterstattung über diesen — von den Zuhörern stürmisch gefeierten — Abend.
Zu IV: Der Bildreport rief noch einmal die historischen und sozialen Zusammenhänge in Erinnerung und umriß das Ausmaß der Protestbewegung gegen die amerikanische Aggressionspolitik in aller Welt.
Zu V: Das die Woche abschließende Teach-in erfüllte von der Effektivität her wohl am stärksten die Erwartungen. Hier erwies sich einmal mehr, daß die wissenschaftliche Erarbeitung der Problemkreise und die damit verbundene intensivere Detailkenntnis der SDS-Mitglieder, sowie ein konkretes, theoretisches Instrumentarium die Diskussionsgegner sich in fast allen Fällen auf entweder zynische, apologetische oder irrationale Positionen zurückziehen ließ.
Die Woche wurde abgeschlossen mit einer Demonstration und anschließendem Meeting auf dem Neumarkt, wo Genosse Bernd Peterson die Position des SDS zum Krieg in Vietnam noch einmal zusammenfaßte und die öffentliche Verurteilung der amerikanischen Aggression forderte.
Ergebnisse der Woche:
1. Gesammelter Geldbetrag DM 238,12.
2. Die von den verschiedensten dafür zuständigen Institutionen versäumten Aufklärung über den wahren Charakter des Krieges.
3. Verstärkter Mitglieder- und Freundeszuwachs des SDS. Dabei darf es nicht stehenbleiben! Im Interesse der FNL gilt es mit ähnlichen und neuen Mitteln weiter zu arbeiten.

Peter Simon

Protest des Bundesvorstandes des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gegen die Polizeiaktion gegen den Berliner Landesverband des SDS: Ffm., 27. 1. 1967

Auf Anordnung der 16. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin sind am 26. 1. die Räume des Landesverbandes Berlin des SDS durchsucht worden. Anlaß war die Beleidigungsklage von vier Professoren der Freien Universität gegen Unbekannt wegen der Formulierung „professorale Fachidioten" in einem Flugblatt, das am 26. November 1966 von Studenten an der FU verteilt worden war.
Die Zweifelhaftigkeit der Durchsuchung geht schon daraus hervor, daß der zuständige Richter die Erstellung eines Durchsuchungsbefehls ablehnte, so daß der Staatsanwalt diesen Durchsuchungsbefehl erst nach Beschwerde beim Berliner Landgericht bewirken konnte.
Obwohl es das definierte Ziel der Durchsuchung war, die Autorschaft des Flugblattes festzustellen, also zuvorderst die Maschinen zu ermitteln, auf denen das Flugblatt geschrieben resp. gedruckt worden war, benutzte die Polizei die Gelegenheit, um die gesamte Mitgliederkartei des Berliner SDS zu beschlagnahmen, eine Maßnahme, die wohl in keinem sachlichen Zusammenhang mit den Ermittlungen steht.
Der Bundesvorstand des SDS sieht in dieser Polizeiaktion gegen den Berliner Landesverband des SDS weniger ein notwendiges Verfahren, um die Autoren des Flugblattes zu ermitteln, als vielmehr eine Maßnahme, die darauf abzielt, den SDS zu diskriminieren und seine Mitglieder einzuschüchtern.
Dafür spricht schon das spektakuläre Aufgebot von 16 Beamten. Die Beschlagnahme der Mitgliederkartei schließlich soll offenbar die Kenntnis der politischen Polizei über den Berliner Landesverband des SDS vervollständigen; nur so ist zu erklären, daß in einem Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung Beamte der politischen Polizei eine Hausdurchsuchung vornehmen.
Der Bundesvorstand des SDS sieht in dieser Polizeiaktion nach dem Demonstrationsverbot und nach den Festnahmen auch einzelner Demonstranten eine weitere Maßnahme gegen die freie Meinungsäußerung oppositioneller Studenten.
Die Tatsache, daß am 27. Januar mehr als 3000 Studenten der Freien Universität auf einer Protestversammlung gegen diese Polizeiaktion Stellung nahmen, daß diese Studenten zusammen mit dem ASTA der FU und den oppositionellen Studentengruppen zu einer Protestdemonstration für den 28. Januar aufgerufen haben, zeigt, daß die Studenten der FU nicht gewillt sind, derartige Maßnahmen widerspruchslos hinzunehmen.

Reimut Reiche
Peter Gäng
(Bundesvorstand des SDS)

Die „Gefahr von Rechts", war das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der am 30. Januar 1967, dem 34. Jahrestag der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, die Kölner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit einlud.

Es diskutierten mit- und gegeneinander: Der Münchner Soziologe Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Hans-Geert Falkenberg (WDR), der Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni, der Publizist Erich Kuby, der Kölner Studienrat Dr. Müller, der Schriftsteller Dr. Wilhelm Pleyer und Herr von Thadden, stellvertretender Vorsitzender der NPD.

Von Dohnanyi leitete das Gespräch ein mit einigen demographischen Angaben über den „typischen" NPD-Sympathisanten. Er schätzte den Prozentsatz der Wähler, die sich künftig für die NPD entscheiden könnten, auf höchstens 22.

Höhepunkte erreichte die Diskussion einmal, als es Kuby gelang, Preyer zu ausführlichen Äußerungen über „volksbewußte Kunst" zu veranlassen. Auch die Vorstellungen Preyers von einer autarken bundesrepublikanischen Wirtschaft erregten allgemeine Heiterkeit. Als von Thadden nach einer von Dohhanyi präzis gestellten Frage sich mit Prof. Obert solidarisierte, der sich rassistische Äußerungen von übler Primitivität zu Schulden kommen ließ, war das Ziel einer rationalen Diskussion mit Repräsentanten der NPD erreicht. Der Gegner war entlarvt. Statt die Diskussion jetzt demonstrativ abzubrechen, plänkelte man noch ein wenig weiter. So konnte von Thadden den Zwischenruf „reden Sie doch einmal wie ein Mann und nicht wie ein Waschweib" seinerseits für einen demonstrativen Abgang nutzen.

Die allgemeine Diskussion, zu der es im Hörsaal aus Zeitgründen nicht mehr kam, fand im SDS-Zentrum statt.

Nachdem Kuby Gewerkschaften, die sich nicht auf Erkämpfung von Lohnerhöhungen beschränkten, sondern sozialistische Politik machten, als Gegengewicht gegen die Erstarkung alter und neuer faschistischer Kräfte nannte, kam man auf die eigentlichen Ursachen der NPD-Wahlerfolge zu sprechen, die spätkapitalistischen Wirtschaftsordnung in einer Krisensituation.

Nun diskutierte man nicht mehr die NPD, sondern deren wirksamste Alternative: den Sozialismus.

Eine Schwäche der Diskussion im Hörsaal muß noch hervorgehoben werden: Die Gefahr von Rechts bildet nicht nur die NPD, vielleicht nicht einmal hauptsächlich. Stabilisierungs- und Notstandsgesetze, formierte Gesellschaft und das Verlangen nach atomarer Mitsprache dürfen in einer solchen Diskussion nicht ausgeklammert werden.

Die fora politica, von SHB, HBK, HSU und SDS gemeinsam veranstaltet, erfreuen sich in letzter Zeit bei den politisch interessierten Studenten großer Beliebtheit. Untersuchte auf solch einem Forum im November des vergangenen Jahres Professor Scheuch die Anfälligkeit der bundesdeutschen Bevölkerung für rechtsradikale Ideen einerseits und die Struktur der NPD-Wählerschaft andererseits, so stand im Januar dieses Jahres ein nicht minder aktuelles Problem im Mittelpunkt der Diskussion: Die deutsche Frage und die europäische Sicherheit. Gesprächspartner waren als Gäste aus der DDR Professor Stefan Doernberg, Institut für Zeitgeschichte, Berlin, und Dr. Lange, Dresden; die Bundesrepublik vertraten Frau Dr. Zellentin, Institut für politische Wissenschaften der Universität zu Köln, Herr Dr. Plath, Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Herr Dr. Hondrich, Köln, und Herr Fritz Mörschbach von der „Frankfurter Rundschau" als Gesprächsleiter.

Die Teilnehmerzahl bewies (überfüllter Hörsaal), daß auch heute noch große Teile der Bevölkerung hüben wie drüben die Frage beschäftigt, wie man die beiden Teile Deutschlands, genauer die beiden deutschen Staaten, deren Existenz wohl von der Mehrheit des Publikums nicht bestritten wurde, wieder zu einem einheitlichen Staatengebilde zusammenführen könnte. Einstimmigkeit wurde erzielt in der Erkenntnis, daß für einen einheitlichen deutschen Nationalstaat auch ein einheitliches Gesellschaftssystem notwendig ist. Doch bei der Frage, wie denn dieses künftige Deutschland aussehen solle, prallten die Gegensätze der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten — nicht nur die zwischen Ost und West — aufeinander. Die Annahme, daß der Sozialismus einmal auch in der Bundesrepublik gesellschaftliche Wirklichkeit sein könnte — wovon sich die DDR übrigens in ihrer Deutschlandpolitik leiten läßt — veranlaßte einen Großteil des Publikums, an der ehrlichen Verständigungsbereitschaft der Regierung der DDR zu zweifeln. Letztlich konnten aber — auch nicht von „rechten" Kreisen der Studentenschaft — keine stichhaltigen Einwände gegen die von Prof. Doernberg vorgetragenen Vorschläge der DDR-Regierung zur Normalisierung der Lage in Deutschland vorgebracht werden. Alles in allem gab das Forum Gelegenheit, sich sachlich und ausreichend über mögliche echte Alternativen einer Deutschlandpolitik zu informieren.

Es ist eine nicht zu übersehende Tatsache, daß die Korporationsstudenten ihren lethargischen Zustand übersteigen wollen mit der Absicht, in eine „Lebenseinstellung des dynamischen Lebensgefühls" [1]) überzuwechseln. In diesem Sinne veröffentlichte Walter Erbe einen Aufsatz in der Studentenzeitschrift actio.

Erbe, der davon überzeugt ist, daß die Korporationen akademischer Garant für Demokratie, Staat und Gesellschaft sein könnten, falls sie nur ihre „Weltverschlossenheit" und „Muße" überwänden, beginnt mit einer Kritik korporativer Vergangenheit. Besonders kritisch stellt er dabei dasjenige Motiv an den Pranger, das nach seiner Meinung bis zum 18. Jahrhundert eine Überzahl von jungen Leuten veranlaßte, sich an den Universitäten einzuschreiben: das „freie Leben" und die „bürgerliche Ungebundenheit". Mit diesem „freien Leben" verband sich wahrhaft ein freiheitlicher Vorteil, nämlich die Dispension von der Militärpflicht. Ohne Bedauern stellt der Autor fest, daß es mit dieser „Entartung der studentischen Freiheiten" vorbei ist.

Vorbei ist es auch mit der „bürgerlichen Ungebundenheit". In seiner Charakteristik der Korporationen kann Erbe mit einer „ganzen Liste" dessen aufwarten, was man wohl als erzbürgerlichen Habitus zu bezeichnen hätte. Dazu rechnen: Gefühlsduselei, Deutschtümelei, Vetternwirtschaft, elitäre Arroganz, Trägheit, lästiger Gesellschaftsbetrieb. Als kritischer Apologet des Korporationenwesens drückt sich Erbe natürlich vorsichtiger aus. Mehr noch, aus dem Professor der Jurisprudenz wird ein poeta. So spricht er in Bezug auf den schwülen Gefühlskult vom „immerblühenden Flieder der echten falschen Gefühle."

Um nun dem „dynamischen" Heute gerecht zu werden, muß dieser „negative Katalog" durch einen positiven „Aufgabenkatalog für ein zeitgemäßes Korporationswesen" ersetzt werden. In dem Vierpunkteprogramm fordert Erbe eine Entwicklung der öffentlichen, d. h. politischen Tugenden, eine Neuprägung des „geistigen Lebensstils", d. h. die Ausbildung von Non-Konformisten mit „Entscheidungswillen" und „persönlichem Gewissen", Rücksichtnahme auf die „Bundesbrüder aus den einfachen Schichten", gemeinschaftliche „Erweiterung des kulturellen Horizonts".

Im Folgenden soll weniger auf den Inhalt der Aktivierung und „Umprägung" korporierter Studenten eingegangen werden. Erörtert werden soll vielmehr die Form, gemäß der Erbe die Neugestaltung eingeleitet und praktiziert sehen möchte. Sein Aufsatz bildet hierzu einen wichtigen Beitrag. Mit diesem sind vorerst prognostische Forderungen verbunden. Denn: „Ohne Prognosen ist sogar jedes verantwortliche Verhalten unmöglich. Sie sind deshalb unentbehrlich. Nur muß eine verantwortliche Prognose eine voluntaristische sein und nicht eine deterministische. Eine voluntaristische Prognose sagt aus, es werde etwas eintreten, wenn die Menschen im ganzen sich in einer bestimmten Weise verhalten. Und dabei kommt das Sollen hinein, der Appell, das diejenigen, die es angeht, sich auch so verhalten mögen, daß das Erstrebenswerte eintritt" [2]).

Diese Passage ist nicht willkürlich herausgenommen, sie steht prototypisch für Erbes Aufsatz. In der darin vertretenen Philosophie und verwendeten Sprache bricht trotz aller demokratischen und antinazistischen Beteuerungen das hervor, was schlechterdings als faschistisches Bewußtsein bezeichnet werden muß.

„Eine verantwortliche Prognose" hat „eine voluntaristische zu sein und nicht eine deterministische". Folglich stehen beide Verhaltensweisen in einem konträren Gegen-

ANTIQUARIAT
HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben - Erstausgaben des Expressionismus - Zeitschriften und Bücher der Avantgarde - Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 An der Kolumbakirche

satz. Dieses Auseinanderfallen von Wille und Notwendigkeit ist eine Erkenntnis rezenter Weltanschauung. In der klassischen deutschen Philosophie hingegen, an deren Vertreter Erbe des öfteren erinnert, kam es grundsätzlich nicht zu dieser Trennung. Kant sagt zum Verhältnis von Wille (Freiheit) und Notwendigkeit: „Die Wirkung (einer Handlung) kann also in Ansehung ihrer inteligiblen Ursache als frei, und doch zugleich in Ansehung der Erscheinungen als Erfolg aus denselben nach der Notwendigkeit der Natur angesehen werden" [3]. Den Voluntarismus hätte Kant als „Willkür" bezeichnet und damit als Unfreiheit.

Auch der Marxismus, dem allzu gern die „deterministische" Seite von Erbes Begriffspaar zugeschoben wird, sieht die Problematik von Freiheit und Notwendigkeit differenzierter. Engels schreibt im Anti-Dühring: „Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. ‚Blind ist die Notwendigkeit nur insofern dieselbe nicht begriffen wrd.' Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen ... Freiheit des Willens heißt daher nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können" [4].

Diese Vermittlung von Freiheit und Notwendigkeit, die idealistisches und materialistisches Denken miteinander teilen, wird in der nationalsozialistischen Feuilletonphilosophie auseinandergerissen. So ist der auf Rassenreinheit bedachte Hofphilosoph Rosenberg wohl auf Grund seines germanischen Instinkts gegen jegliche Vermittlung eingestellt, die er im gegebenen Fall als eine „orientalische Vermischung von Freiheit und Natur" [5] höhnt. Muß doch die Natur als blinder Trieb [6] immer im Gegensatz zum Willen gesehen werden. Dabei ist zu beachten, daß „Unterschied zwischen Wille und Trieb und Anziehungskraft ... kein quantitativer sondern qualitativer ist" [7]. Ohne Zweifel kommt hierbei dem Willen der höhere Stellenwert zu, denn er ist das „Treibende in allem" [8]. Ja der Wille steht noch über der Vernunft. Dies belegt ein Zitat Meister Eckeharts, von Rosenberg im Mythos des 20. Jahrhunderts aufgeführt: „Wo also die Vernunft nicht weiter kann, da schwingt sich der Wille im Licht und in der Kraft des Glaubens überlegen auf. Da will der Wille über allem Erkennen sein. Das ist seine höchste Leistung" [9].

Die unbedingte Betonung des Voluntarismus ergibt sich also als ein Dogma faschistischer Weltanschauung. Ebenso wie Hitler sieht Erbe in der Willensschwäche einen Grundmangel heutiger Jugend, wenn er sich auch nur auf die akademische bezieht. In „Mein Kampf" heißt es: „Die Seuche der heutigen feigen Willens- und Entschlußlosigkeit ist aber, alles in allem genommen, hauptsächlich das Ergebnis unserer grundsätzlich verfehlten Jugenderziehung" [10].

Ebenso wie der Hitler erkennt Erbe den engen Zusammenhang zwischen Verantwortung und Voluntarismus: „eine verantwortliche Prognose" muß „eine voluntaristische sein", also nicht unbedingt eine wahre. Dem könnte der Hitler nur zustimmen, denn „Von höchster Wichtigkeit ist die Ausbildung der Willens- und Entschlußkraft sowie die Pflege der Verantwortungsfreudigkeit" [11].

Dabei haben sich die „Menschen im ganzen" zustimmend zu verhalten. Die Aufforderung hierzu ist nicht nur ein Appell „an die, die es angeht", so wie der Hitler einen „Appell an die deutsche Jugend" [12] richtete. Vielmehr tritt sie auf als eine ethische Pflicht, nämlich als ein „Sollen". Damit aber ist das Führerprinzip direkt angesprochen. So wie der Führerwille eo ipso Gesetz ward, so wird der Voluntarismus zur ethischen Norm, die die Weise bestimmt, in der die Menschen sich zu verhalten haben.

Wie eng verflochten autoritäres Sollen, Voluntarismus, und Verantwortung sind, hat wohl keiner besser gesehen als derjenige, der sie praktizierte. Von sich selbst als dem Führer sagt er: „Er bestimmt und trägt damit aber auch auf seinen Schultern die Verantwortung" [13]. Und eine Seite weiter heißt es: „Wer Führer sein will, trägt bei höchster unumschränkter Autorität auch die letzte und schwerste Verantwortung" [14].

Alle folgenden Bekenntnisse zur demokratischen Grundordnung können nicht über schwerwiegende faschistische Elemente in Erbes Aufsatz hinwegtäuschen. Dennoch erscheint dieser zurückhaltend, wenn man den folgenden liest, der offen den Chauvinismus predigt. Danach ist seit 1815 „vaterländisch-freiheitliches Denken aus der deutschen Studentengeschichte nicht mehr hinwegzudenken" [15]. Doch wenn es um eine expansive Machtpolitik nach Osten geht, tarnt man sich europäisch. „Europa endet bekanntlich nicht an der Elbe und Werra, auch nicht an der Oder und Neiße" [16]. Wo denn? Etwa an der chinesischen Mauer?

Herbert Röttgen

Anmerkungen zum vorangegangenen Artikel:

1) Walter Erbe, Die studentischen Korporationen in der Massenuniversität, actio, Nr. 5, 1963, S. 6.
2) Ebenda S. 5.
3) Kant, Werke Bd. I, S. 469 ff (Ausgabe Karl Vorländer).
4) Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Moskau 1946, S. 138 f.
5) A. Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts, Hoheneichen-Verlag, München 1940, S. 279.
6) Unter Trieb versteht Rosenberg „Natur", ebenda S. 362 ff.
7) Ebenda S. 376.
8) Ebenda S. 237.
9) Ebenda S. 276.
10) A. Hitler, Mein Kampf, München 1933, Franz Eher Verlag, S. 433.
11) Ebenda S. 462.
12) Ebenda S. 450.
13) Ebenda S. 378.
14) Ebenda S. 379.
15) Hans Dieter Mueller, Die Korporationen und das Deutschlandbild von morgen, actio, Nr. 5, 1963, S. 8.
16) Ebenda S. 10.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Voltaire Verlages bei

Sokrates sagt:

Wer Hunger hat,
kann zu jeder Zeit essen,
wer Durst hat, zu jeder Zeit trinken.

8033 C

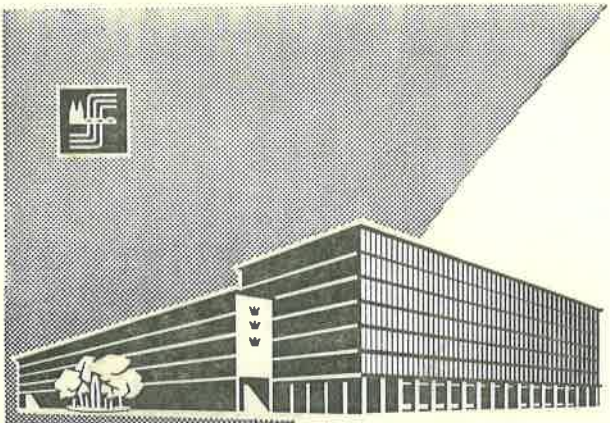
Ein großer, ein geradezu sokratischer Gedanke — würdig, bei einer Flasche köstlich-kühlem „Coca-Cola" bedacht zu werden. Durst kennt tatsächlich keine Tageszeit. Jeder Augenblick ist richtig, um prickelnd-frisches „Coca-Cola" zu trinken.

Mach mal Pause . .

Normal-flasche Familien-flasche

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche kofteinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.



Anlage- und
Vermögensberatung

Spareinlagen

Geschäfts- und
Privatgiroverkehr

Kredite - Hypotheken

Darlehen - Wechsel

Wertpapiere - Devisen

Zahlungsverkehr bei
Außenhandelsgeschäften

Büro für Privatdarlehen
mit Spät- und Telefondienst
bei der Hauptstelle und
Zweigstelle Mülheim

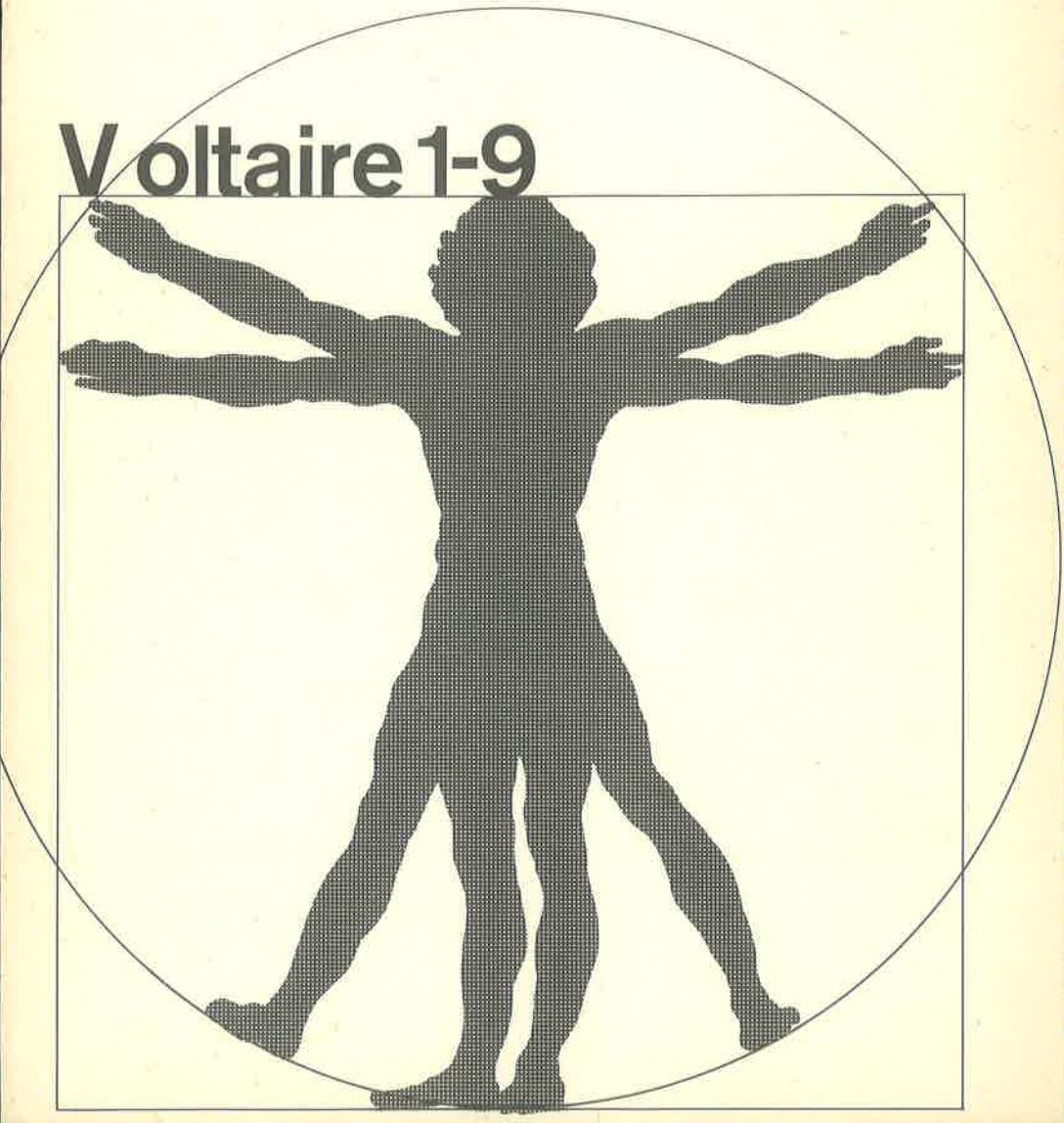
Autoschalter bei der Hauptstelle,
Zweigstelle Subbelrath
und Zweigstelle Mülheim

Wenn's um Geld geht...

SPARKASSE DER STADT KÖLN

Voltaire Flugschriften

Voltaire 1-9



Voltaire Flugschriften
Herausgeber Bernward Vesper-Triangel
Unter dem Titel Voltaire Flugschriften erscheinen wichtige Beiträge zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart. Texte werden vorgelegt, die in der Welt Aufsehen erregten, die aber in Deutschland nicht oder nur unzulänglich bekannt sind, selbst wenn sie von Deutschen stammen. Die Voltaire Flugschriften beanspruchen nicht eine fragwürdige Neutralität, sie ergreifen offen Partei für Aufklärung, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Humanität. Sie beschönigen nicht, sondern versuchen, die Wirklichkeit zu erkennen, auch wenn sie unbequem ist. Die inneren Probleme Deutschlands: Kampf gegen Notstandsgesetze, für Friedenspolitik, für Arbeiterkontrolle werden in ungekürzten Originaltexten ebenso dargestellt, wie die Probleme der Weltpolitik: Vietnamkrieg, afrikanische und amerikanische Rassendiskriminierung, Freiheitskampf der Dritten Welt gegen wirtschaftliche Ausbeutung. Im Bestreben, umfassend zu informieren, werden die Voltaire Flugschriften auch Beiträge veröffentlichen, die in der Vergangenheit den gleichen Zielen dienten und heute unverändert aktuell sind. International bekannte Autoren: Schriftsteller, Philosophen, Politiker, Gewerkschafter haben ihre Mitarbeit zugesagt, so daß die Voltaire Flugschriften Informationen aus erster Hand und von hohem Niveau bieten können.

1 **Peter Weiss**
Vietnam!
10 Thesen zum Krieg in Südostasien

2 **Jean-Paul Sartre**
Warum ich nicht in die Vereinigten Staaten reise
Essay. Deutsch von Traugott König
Solange der Vietnamkrieg währt, lehnt Sartre es ab, die USA zu besuchen

3 **Otto Brenner**
Wir brauchen keine Notstandsgesetze!
Rede des IG-Metall-Vorsitzenden auf dem DGB-Kongreß Berlin 1966
Text des DGB-Beschlusses. Anhang: Karlsruher Rede (Auszug)

4 **Heinrich Böll**
Die Freiheit der Kunst
Die aufsehenerregende Rede Bölls zur Eröffnung des Wuppertaler Schauspielhauses

5 **Bertrand Russell**
Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß
Deutsch von Gudrun Ensslin
Reden an das vietnamesische und amerikanische Volk. Telegrammwechsel mit Ministerpräsident Kossygin. Kommentar dazu. Reden zur Begründung des Kriegsverbrecherprozesses gegen Präsident Johnson, Verteidigungsminister McNamara, Außenminister Rusk und andere.
Nachwort von Bernward Vesper-Triangel. (Mehrfachband)

6 **Günther Anders**
Nürnberg und Vietnam
Ein Mosaik
Gegenüberstellung von Aussagen aus den Nürnberger Prozessen mit Aussagen amerikanischer Militärs über den Vietnam-Krieg

7 **Heinrich Hannover**
Sind das die Schubladengesetze?
Wortlaut der ‚geheimen' Notstandsverordnungen der Bundesregierung, erläutert und in den Zusammenhang eingeordnet von Heinrich Hannover

8 **Leo D. Trotzki**
Ihre Moral und unsre
Parallel zur französischen Ausgabe bei Jean-Jacques Pauvert, Paris, erscheint der späte Essay Trotzkis in deutscher Sprache. Mit Kommentar. (Mehrfachband)

9 **Karl Jaspers**
Gespräche über Deutschland
Diese Aufsätze und Interviews des Baseler Philosophen schließen an seinen politischen Bestseller „Wohin treibt die Bundesrepublik" an.
Ein Interview mit Karl Jaspers zur deutschen Politik

In Vorbereitung
Protokoll des Kriegsverbrecherprozesses gegen Johnson, McNamara, Rusk und andere

Dokumente der Unmenschlichkeit in Vietnam, Zeugenaussagen, Plädoyers. Mit zahlreichen Bildern. Autoren: Bertrand Russell, Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Danilo Dolci, Lelio Basso, Peter Weiss, Josue de Castro, Isaac Deutscher, François Mauriac, Günther Anders

Martin Walser, Deutschland und Vietnam

Ferner Texte von Carlos Fuentes, Martin Niemöller, Karl Korsch, Fidel Castro, Jean-Paul Sartre, André Breton, Roland Barthes, Albert Ehrenstein, James Baldwin

Verlag und Herausgeber können, wenn aktuelle Anlässe das verlangen, von der angekündigten Erscheinungsfolge abweichende Texte veröffentlichen

Voltaire Flugschriften
Herausgeber Bernward Vesper-Triangel
Voltaire Flugschriften
erscheinen ab November 1966 in unregelmäßigen Abständen, jedoch mit mindestens zwölf Lieferungen innerhalb eines Jahres. Preis der Lieferung im Abonnement –,80 DM, bei Einzelbestellung 1,– DM zuzüglich Porto
Bestellungen nimmt Ihre Buchhandlung oder der Verlag entgegen
Gesamtausstattung Christian Chruxin, Berlin

Voltaire Verlag, 1000 Berlin 15, Bregenzer Straße 4